



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



WAS DAS LAND ZUSAMMENHÄLT

Ziele und Werte:
Der Landtag diskutiert über
die Verfassung

INHALT

REFORM DER LANDESVERFASSUNG:	4 – 9
Die Plenardebatte	5
Sonderausschuss schließt Arbeit ab	6
Der Verfassungstext: viele neue Ziele, Gott bleibt umstritten	7
Ein Blick in Schleswig-Holsteins Verfassungsgeschichte: 1830, 1990	8
Staatsrechtler Hans-Peter Schneider: „Verfassung laufend erneuern“	9
Samiah El Samadoni ist neue Bürgerbeauftragte	10
Die Seite fürs Ehrenamt	11
Der Landtag in Leichter Sprache	12 – 13
IM ZENTRUM:	14 – 15
Kalender: Mit dem Landtag durchs Jahr 2015	
PLENARBERICHTE	16 – 19
Krabbenfischer feiern „Rekordjahre“ und fürchten „Nullnutzung“	16
Auflagen für Jäger: Schleswig-Holstein schießt bleifrei	17
Fahrradverkehr: Sechs Punkte müssen besser werden	18
Immer weniger Organspender: Landtag will gegensteuern	19
Meldungen	20
Im Rückblick: Fußball-Weltmeisterschaften 1974 und 1954	21
Personalien	22
Ukrainischer Journalist Juri Durkot fordert Sanktionen gegen Russland	23
Ausschüsse: Pro und kontra Fünf-Prozent-Hürde	24
Europa: Die EU-Wahl im Norden, Ostsee-Konferenz in Kaliningrad	25
Im Porträt: Jette Waldinger-Thiering (SSW), Wolfgang Dudda (Piraten), Heiner Garg (FDP) / Impressum	26
Ins Bild gerückt: Besucher im Landeshaus	27
Termine, Termine, Termine	28

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein Jahr lang hat sich ein Sonderausschuss des Landtages über die schleswig-holsteinische Verfassung gebeugt, alte Bestimmungen auf den Prüfstand gestellt und neue Formulierungen abgewogen. Nun liegt das Ergebnis vor.

Das Landes-Grundgesetz wird nicht auf den Kopf gestellt, aber an zahlreichen Stellen modernisiert. Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide sollen sinken, Behörden sollen bürgernäher arbeiten, und das Land bekennt sich zur Privatsphäre im Internet. Umstritten bleibt, ob die „Verantwortung vor Gott“ in die neue Präambel aufgenommen wird. Ob hierfür die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit zustande kommt, entscheidet sich wohl erst, wenn der Landtag im Herbst endgültig über das Reformpaket abstimmt.

In dieser Ausgabe berichten wir ausführlich über die Verfassungsdebatte im Plenarsaal und werfen einen Blick auf die Arbeit des Sonderausschusses.

Wir beleuchten die wechselvolle Verfassungsgeschichte Schleswig-Holsteins und gehen der Frage nach: Wann und warum sollte eine Verfassung erneuert werden?

Viel Spaß beim Lesen
und einen schönen Sommer wünscht

Ihre Redaktion**70 JAHRE WARSCHAUER AUFSTAND:****Landtag verurteilt die Verbrechen von Heinz Reinefarth**

Anlässlich des 70. Jahrestages des Warschauer Aufstandes hat der Landtag den Opfern und ihren Angehörigen sein „tiefes Mitgefühl“ ausgesprochen und sie um Verzeihung gebeten. Der Landtag verurteilt insbesondere die Gräueltaten, die der ehemalige Abgeordnete Heinz Reinefarth bei der Unterdrückung des Aufstandes begangen hat. Eine entsprechende Resolution hat das Parlament im Juli einstimmig verabschiedet.

Nachdem sich die Polnische Heimatarmee am 1. August 1944 gegen die deutschen Besatzer erhoben hatte, wurde ihr Aufstand bis Anfang Oktober von Wehrmachts-, SS- und Polizei-Einheiten niedergeschlagen. NSDAP-Mitglied und SS-Gruppenführer Reinefarth war Befehlshaber von zwölf Polizei-Kompanien, die für zahlreiche Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht werden. Insgesamt kamen 150.000 Bewohner von Warschau während des Aufstands ums Leben.

Nach dem Krieg liefen mehrere Ermittlungsverfahren gegen Reinefarth, und die polnische Regierung forderte seine Auslie-

ferung, doch der in Gnesen (heute Gniezno) geborene Rechtsanwalt blieb unbehelligt. In Schleswig-Holstein machte Reinefarth Karriere. Er wurde 1951 Bürgermeister von Westerland auf Sylt und saß von 1958 bis 1962 für den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) im Landtag. Nachdem die Öffentlichkeit auf seinen Fall aufmerksam wurde, zog sich Reinefarth Mitte der 1960er Jahre aus der Politik zurück. Er lebte bis zu seinem Tod 1979 in Westerland.

„Der Landtag bedauert zutiefst, dass es nach 1945 in Schleswig-Holstein möglich werden konnte, dass ein Kriegsverbrecher Landtagsabgeordneter wird“, betonen die Parlamentarier nun in ihrer Resolution. Es sei die „vornehmste historische Pflicht“ der heutigen Politiker-Generation, ihren Teil zur Aufarbeitung des Unrechts zu leisten. Die Abgeordneten verweisen darauf, dass der Landtag im vergangenen November eine Studie zur NS-Vergangenheit schleswig-holsteinischer Politiker in die Wege geleitet hat. (Drucksache 18/2124)

Piraten klagen in Karlsruhe

Die Piraten im Landtag haben beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen das Landesgesetz zur Bestandsdatenauskunft eingereicht.

Es verletze das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und das Telekommunikationsgeheimnis, erklärte die Fraktion Ende Juni. Nach dem Gesetz dürften Polizei und Verfassungsschutz nicht nur Daten von Telekommunikationsunternehmen abgreifen, sondern auch von „Telemedien-Diensteanbietern“ wie Facebook, Google oder Twitter, hieß es zur Begründung. „Das schleswig-holsteinische Gesetz macht unser Surfverhalten auf sämtlichen Internetportalen nachvollziehbar und gibt der Polizei Zugriff auf unsere Internet-Passwörter“, monierte Fraktionschef Torge Schmidt.

Die Landesparlamente wollen ihren Einfluss in Europa weiter ausbauen

Auf ihrer diesjährigen Konferenz Mitte Juni in Hamburg kamen die Präsidenten der Landtage überein, die neue Legislaturperiode des Europaparlaments für ihre Anliegen stärker als bisher zu nutzen. Die 16 Präsidenten setzen in ihrer „Hamburger Erklärung“ auf einen stärkeren Dialog mit der Europäischen Kommission. So könne die Brückenfunktion der Landesparlamente zwischen Europa und den Bürgern ausgebaut werden. „Viele Fragen auf europäischer Ebene berühren die Menschen in Schleswig-Holstein. Der Landtag kann diese Dinge viel öffentlicher diskutieren als es die Kommission jemals tun könnte“, hob Landtagspräsident Klaus Schlie hervor.

Die „Hamburger Erklärung“ der Präsidentenkonferenz steht im Internet:

www.landtag.ltsh.de/arc/lpk-1518.pdf

Diäten steigen um 2,35 Prozent

Die Diäten der 69 Landtagsabgeordneten sind zum 1. Juli turnusgemäß gestiegen. Nach den Berechnungen des Statistikamtes Nord ergibt sich ein Plus von 2,35 Prozent oder 184 Euro, so dass ein Abgeordneter auf ein Grundgehalt von 7.723 Euro im Monat kommt. Maßstab für die Anhebung ist die Lohnentwicklung in Schleswig-Holstein. So sieht es ein Gesetz aus dem Jahr 2008 vor, das der Landtag auch für diese Wahlperiode übernommen hat. Dabei werden die Lohnsteigerungen in der freien Wirtschaft zu rund 80 Prozent und die der Angestellten im öffentlichen Dienst und der Beamten zu jeweils etwa zehn Prozent berücksichtigt.

ParlaRadio sendet live aus den Ausschüssen

Die Ausschusssitzungen des Landtages sind jetzt live über das Internet zu hören: über die neue Funktion ParlaRadio. Unter dem Link www.landtag.ltsh.de/aktuell/parlaradio finden sich zudem die Tagesordnung, weitere Dokumente sowie Infos über die Mitglieder der Ausschüsse. „Nun muss niemand mehr im Landeshaus sein, um die Ausschussarbeit mitzuverfolgen“, betont Landtagspräsident Klaus Schlie. Derzeit ist die Übertragung ein reines Streaming-Angebot, eine Aufzeichnung und Speicherung ist noch nicht vorgesehen.

Bund-Länder-Finzen: Ältestenrat fordert Mitsprache

Der Ältestenrat des Landtages fordert für die Landesparlamente ein Mitspracherecht bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen.

„Es ist selbstverständlich, dass sie noch sehr viel stärker in die Entscheidungen auf Bundesebene eingebunden werden müssen“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie Anfang Juli zu dem einstimmigen Votum des Gremiums. Schließlich hätten die Landesparlamente die Budgethoheit. Das Budgetrecht sei der Kern einer funktionierenden Demokratie auf Landesebene, unterstrich das Parlamentsoberhaupt. Wenn es im Zuge der Föderalismusreform zu weitreichenden Neuregelungen kommen solle, dann müsse es eine engere Abstimmung mit den Landtagen geben.

WORTWÖRTLICH:

„Schleswig-Holstein ist topografisch für den Fahrradverkehr so gut geeignet wie kaum ein anderes Bundesland. Über zu viele Hügel und Berge kann man sich auch bei unterdurchschnittlicher Sportlichkeit nicht beschweren.“

Christopher Vogt (FDP)

Aus der Debatte über Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein. Mehr: Seite 18

Ausstellung zur „Kristallnacht“ ist im Lande unterwegs

Institutionen, die die Ausstellung „Die ‚Reichskristallnacht‘ in Schleswig-Holstein“ bei sich zeigen möchten, können sie jetzt bei der Landeszentrale für politische Bildung buchen. Für die Ausleihe werden keine Gebühren für Transport und Versicherung. Die in Kooperation mit dem Landesarchiv und der Uni Flensburg entwickelte Ausstellung erzählt anhand persönlicher Schicksale, wie sich das jüdische Leben vor und nach der Reichspogromnacht 1938 entwickelt hat. „Dieser Ansatz erleichtert es den Besuchern, sich in die damalige Zeit hineinzuzusetzen“, unterstreicht der neue Leiter der



Ausschnitt aus einer Ausstellungstafel

Landeszentrale, Heiko Vosgerau.

Den nächsten Halt macht die Wanderausstellung vom 29. Juni bis 17. August in der KZ-Gedenkstätte Ladelund. Anschließend wird sie im September in der Gedenkstätte Kaltenkirchen zu sehen sein. Ein weiterer Stopp ist

vom 22. Januar bis 2. März 2015 in Husum vorgesehen.

Interessierte Institutionen können die Ausstellung bei der Landeszentrale buchen:

→ Tel.: 0431/988 1644

→ astrid.boettcher@landtag.ltsh.de



DIE LANDESVERFASSUNG WIRD MODERNER UND BÜRGERNÄHER – MIT ODER OHNE GOTTESBEZUG

Schleswig-Holsteins Landesverfassung bekommt einen neuen Anstrich. Die Rechte der Bürger werden gestärkt, und die digitale Welt hält Einzug. So sollen künftig niedrigere Hürden gelten, wenn Bürger ein Volksbegehren und einen Volksentscheid anstoßen wollen. Das Land will die digitale Privatsphäre schützen und sich für eine unbürokratische Verwaltung einsetzen. Außerdem sollen die dänischen Schulen finanziell den deutschen gleichgestellt werden, und

auch die Inklusion von Behinderten und Nichtbehinderten erhält wohl Verfassungsrang. Dieses Vorschlagspaket hat ein Sonderausschuss des Landtages ein Jahr lang erarbeitet. Im Juli-Plenum gab es viel Zuspruch für den neuen Verfassungstext, und es zeichnet sich eine breite Mehrheit ab. Lediglich die Piraten ließen es offen, ob sie zustimmen. Umstritten bleibt der Gottesbezug.



Die CDU will die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ in der neuen Präambel verankern und hat einen entsprechenden Änderungsantrag zum Vorschlag des Sonderausschusses vorgelegt. Der Gottesbezug „würde diesem Land und diesem Landtag gut zu Gesicht stehen“, warb Fraktionschef Johannes Callsen um Unterstützung: „Die Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein eint der Glaube an Gott.“ Auch Landtagspräsident Klaus Schlie, Vorsitzender des siebenköpfigen Sonderausschusses, unterstrich: Es gehe nicht darum, „die Verfassung auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis festzulegen“.

im Herbst. Dann stimmt der Landtag endgültig ab. Nötig wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit von 46 der 69 Abgeordneten. Bis dahin berät der Innen- und Rechtsausschuss und lotet aus, ob ein Kompromiss zwischen beiden Lagern möglich ist.

Denn: In der Debatte wurden auch kritische Stimmen zur Gottesformel laut. Heiner Garg (FDP) verwies auf die „weltanschauliche Neutralität“ des Staates. „Ich glaube, aber ich glaube nicht an eine Institution“, sagte Garg und attackierte die katholische Kirche, die Frauen „ausgrenzt“. Wolfgang Kubicki (FDP) stellte klar, es gebe „keine höhere sittliche Reife“ bei

Begehren erfolgreich, stimmen die Schleswig-Holsteiner in einem Volksentscheid ab. Der Vorschlag tritt in Kraft, wenn er eine Mehrheit erreicht und wenn diese Mehrheit mindestens aus 15 Prozent der Wähler besteht. Bislang sind 25 Prozent erforderlich. Das heißt, dass nur noch 330.000 Stimmberechtigte und nicht mehr 520.000 notwendig sind.

Diese neue Regelung bereite ihm „Bauchschmerzen“, bekannte CDU-Mann Callsen: „Ich bezweifle, dass 15 Prozent aller Wahlberechtigten ausreichen, um eine Gesetzesänderung zu legitimieren.“ Patrick Breyer (Piraten) nannte die niedrigeren Hürden dagegen den „wichtigsten Erfolg

fassungsraumes in die Hand und schützt die Wahrung der Königsrechte des Parlaments“, freute sich Eka von Kalben (Grüne).

Lars Harms (SSW) hob die Minderheiten-Aspekte hervor. Jetzt werde die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Deutschen, der Dänen, der Friesen sowie der Sinti und Roma anerkannt. „Wir schreiben damit ein wenig europäische Geschichte“, bemerkte Harms. Die Finanzierung der dänischen Schulen erhält voraussichtlich ebenfalls Verfassungsrang. „Damit wird eine Frage auch verfassungsrechtlich geklärt, die im Prinzip fast die letzten 70 Jahre immer wieder umstritten war.“



Johannes Callsen (CDU): Die meisten Menschen sind gläubig



Ministerpräsident Torsten Albig (SPD): Verfassung ohne Gott unvorstellbar



Wolfgang Kubicki (FDP): Verfassung darf keine Werte vorschreiben



Eka von Kalben (Grüne): Das Parlament wird stärker



Patrick Breyer (Piraten): Die Bürger sollen entscheiden



Lars Harms (SSW): Minderheiten werden aufgewertet

Es sei vielmehr „eine Absage an totalitäre Willkür und eine Zusage an Freiheit und Menschenrechte“, den Passus in die Verfassung zu schreiben. Doch auch wenn der Hinweis auf Gott keine ausreichende Mehrheit findet, will die CDU dem Gesamtpaket zustimmen, wie Callsen ankündigte.

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hielt eine Verfassung ohne Gott für „unvorstellbar“. Rund 60 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein seien Mitglied einer Kirche. Entsprechend brauche das Land „eine Verfassung, die zu diesem Glaubens- und Wertegerüst passt“.

Ob die Formulierung in den Verfassungstext aufgenommen wird, entscheidet sich wohl erst

denen, „die Gott vor sich hertragen“. „Gott gehört nicht in die Verfassung, er gehört ins tägliche Leben“, betonte Kubicki. Die Verfassung sei lediglich ein „Organisationsmodell“. Sie dürfe den Menschen keine Werte-Entscheidung vorgeben.

Ein weiterer Kernpunkt: Die Hürden für Bürger, die direkt auf die Politik Einfluss nehmen wollen, werden herabgesetzt. Eine Volksinitiative benötigt zwar immer noch 20.000 Unterschriften, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befasst. Lehnt der Landtag die Initiative ab, reichen künftig aber 80.000 Unterschriften für ein Volksbegehren. Bisher liegt das Quorum bei fünf Prozent der Wahlbevölkerung: rund 112.000 Stimmen. Ist das

der Verfassungsreform“. Wenn Hunderttausende eine Entscheidung trafen, dann sei das eine genauso gute Repräsentationsbasis wie 69 Abgeordnete. Breyer forderte, die gesamte Verfassung den Bürgern zur Abstimmung vorzulegen.

Künftig sollen auch die Rechte des Landtages gestärkt werden. Das Parlament kann „zur Wahrung seiner Rechte“ die Regierung zwingen, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen. Bisher kann sich die Landesregierung weigern, nach Karlsruhe zu ziehen. Deswegen scheiterte 2011 die Klage des Landtages gegen die Schuldenbremse im Grundgesetz. „Der Landtag nimmt hier selbstbewusst die Gestaltung des Ver-

Außerdem sollen mehrere neue Grundwerte festgeschrieben werden. Dazu gehören die norddeutsche Zusammenarbeit, die Partnerschaft im Nord- und Ostseeraum, die Politik für künftige Generationen sowie gesellschaftliche Werte wie Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität. Dies sei ein „in sich stimmiges Paket“, lobte Birgit Herdejürgen (SPD): „Schleswig-Holstein wird eine moderne, ausgewogene Verfassung haben.“

(Drucksachen 18/2095, /2115, /2116)



Sonderausschuss schließt Arbeit ab – Schlie: Gute Atmosphäre, gutes Ergebnis

Die Vorgeschichte:

Erst vor 24 Jahren wurde aus der alten schleswig-holsteinischen Landessatzung nach mehrjähriger Diskussion die heutige Landesverfassung. Doch die hat bereits ein anderes Gesicht als im Jahr 1990. Denn der Landtag hat das Landes-Grundgesetz mehrmals erweitert. Beispielsweise wurden 2006 der Schutz pflegebedürftiger Menschen und 2012 der Schutz der deutschen Sinti und Roma als Staatsziele aufgenommen.

Zu Beginn dieser Wahlperiode häuften sich im Parlament die Vorschläge für neue Verfassungsartikel. Es ging unter anderem um die Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer, um ein Klagerecht des Landtages vor dem Bundesverfassungsgericht und um eine bürgernahe Verwaltung. Angesichts der vielen Ergänzungen und Änderungswünsche sei es Zeit, die „Systematik“ der Landesverfassung auf den Prüfstand zu stellen, erklärte Landtagspräsident Klaus Schlie im Frühjahr 2013. Sein Vorschlag: Ein Sonderausschuss des Landtages soll die Anregungen aus Politik und Bevölkerung sammeln und ein umfassendes Reformpaket vorlegen.

Der Sonderausschuss:

Der Landtag setzte die Kommission im April letzten Jahres ein und gab ihr den Auftrag, „den Bedarf einer grundlegenden systematischen Überarbeitung der Landesverfassung zu prüfen“. Zehn Mal traf sich das Gremium, holte insgesamt 66 schriftliche Stellungnahmen ein und hörte Experten an. Über ein Internetportal hatte jeder Bürger die Möglichkeit, sich einzuschalten. Ende Juni dieses Jahres schlossen die sieben Mitglieder des Sonderausschusses ihre Beratungen ab.

Die Bilanz:

Im Interview mit der Landtagszeitschrift zieht Landtagspräsident Schlie eine positive Bilanz: In konstruktiver Atmosphäre sei ein „guter, lang anhaltender Verfassungstext“ entstanden.

Herr Landtagspräsident, warum halten Sie es für notwendig, die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung nach nur 24 Jahren erneut zu überarbeiten?

Das Leben der Menschen, aber auch die Gesellschaft haben sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr verändert. Es ist nur konsequent, zu überprüfen, ob die Regelungen von damals in die heutige Welt passen. Das erwarten die Menschen auch von uns.

Der Sonderausschuss hat ein Jahr lang getagt und intensiv beraten. Wie war die Atmosphäre?

Sehr konstruktiv und inhaltsreich. Es ist beruhigend zu sehen, dass abseits des politischen Alltagsstreits fair und nachhaltig diskutiert werden kann. Die Änderung der Verfassung ist ja kein Pappentier, das war und ist allen bewusst.

Die neue Präambel nennt eine Reihe von Grundwerten wie Toleranz, Solidarität, Nachhaltigkeit und kulturelle Vielfalt. Was erhoffen Sie sich dadurch für das konkrete Handeln der Politik und für das Zusammenleben in der Gesellschaft?

Die Frage ist doch: Was hält unsere Gesellschaft zusammen und was zeichnet sie aus? Die Diskussion um unsere Verantwortung für andere Menschen, für die Schöpfung und letztendlich vor Gott war ein wesentlicher Baustein unserer Gespräche. Diese Rückbesinnung kann uns in so mancher Diskussion wieder Bodenhaftung und Orientierung geben.



Die Mitglieder des Sonderausschusses Verfassungsreform:
Landtagspräsident Klaus Schlie, Vorsitzender

Volker Dornquast, CDU
Birgit Herdejürgen, SPD, stellv. Vorsitzende

Burkhard Peters, Grüne
Heiner Garg, FDP
Patrick Breyer, Piraten
Lars Harms, SSW

Juristische Berater:
Prof. Frauke Brosius-Gersdorf,
Prof. Ute Sacksofsky,
Prof. Edzard Schmidt-Jortzig

Welche Bestimmung ist aus Ihrer Sicht die bedeutendste?

Es ist schwer, einzelne Formulierungen herauszuheben. Jeder Artikel unserer Verfassung ist wichtig und hat seine Berechtigung. Die größte Sympathie habe ich für den Schutz unserer Kinder. Das ist der Anfang von allem.

Die Verfassung soll auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Wie

lange wird das vorhalten? Wann ist die nächste Reform nötig?

Ich denke, wir haben einen guten, einen lang anhaltenden Verfassungstext gefunden. Ich bin aber auch nicht so naiv zu glauben, die Verfassung werde jetzt in Stein gemeißelt. Doch diese Entscheidung treffen die nachfolgenden Generationen. Vielleicht erlebe ich eine erneute Reform, aber sicher erst im Ruhestand.

DER VERFASSUNGSTEXT: Viele neue Ziele – Gott bleibt umstritten

Eine Reihe von neuen Staatszielen soll nach Vorschlag des Sonderausschusses in die Landesverfassung einfließen. Hierzu zählen etwa die norddeutsche Zusammenarbeit, die Partnerschaft im Nord- und Ostseeraum oder die Inklusion von Behinderten und Nichtbehinderten. Auch die Politik für künftige Generationen, eine bürgernahe Verwaltung, der Zugang zum Internet und der Schutz der digitalen Privatsphäre erhalten wohl Verfassungsrang. Zudem unterstreichen die Abgeordneten in der neuen Präambel gesellschaftliche Grundwerte



wie Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität. Während diese Punkte einstimmig im Vorschlagspapier landeten, bleibt ein Punkt umstritten: der Gottesbezug. Hier wird sich erst bei der endgültigen Abstimmung im Landtag herausstellen, ob die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit von 46 Abgeordneten zusammenkommt.

Einige Vorschläge des Sonderausschusses (umstrittene Formulierung unterstrichen):

Präambel:

Der Landtag hat in Vertretung der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger (in Verantwortung vor Gott und den Menschen und) auf der Grundlage der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Fundament jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit, in dem Willen, Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität auf Dauer zu sichern und weiter zu stärken, im Bewusstsein der eigenen Geschichte, bestrebt, durch nachhaltiges Handeln die Interessen gegenwärtiger wie künftiger Generationen zu schützen, in dem Willen, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land zu bewahren, und in dem Bestreben, die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder sowie die grenzüberschreitende Partnerschaft der Regionen an Nord- und Ostsee und im vereinten Europa zu vertiefen, diese Verfassung beschlossen.

Artikel 7 Inklusion

Das Land setzt sich für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein.

Artikel 12 Schulwesen

(3) Die öffentlichen Schulen fassen die Schülerinnen und Schüler ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung zusammen.

(5) Schulen der nationalen dänischen Minderheit gewährleisten für deren Angehörige Schulunterricht im Rahmen der Gesetze. Ihre Finanzierung durch das Land erfolgt in einer der Finanzierung der öffentlichen Schulen entsprechenden Höhe.

(6) Das Land schützt und fördert die Erteilung von Friesischunterricht und Niederdeutschunterricht in öffentlichen Schulen.

Artikel 14

Digitale Basisdienste, Zugang zu Behörden und Gerichten

(1) Das Land gewährleistet im Rahmen seiner Kompetenzen den Aufbau, die Weiterentwicklung und den Schutz digitaler Basisdienste sowie die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an diesen.

(2) Das Land sichert im Rahmen seiner Kompetenzen einen persönlichen, schriftlichen und elektronischen Zugang zu seinen Behörden und Gerichten. Niemand darf wegen der Art des Zugangs benachteiligt werden.

Artikel 15 Digitale Privatsphäre

Das Land gewährleistet im Rahmen seiner Kompetenzen auch den Schutz der digitalen Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger.

Artikel 30 Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht auf Verlangen des Landtages

Die Landesregierung ist verpflichtet, beim Bundesverfassungsgericht für das Land ein Verfahren gegen eine Maßnahme oder Unterlassung des Bundes anhängig zu machen, wenn der Landtag dies zur Wahrung seiner Rechte verlangt.

Artikel 52 Gesetzesvorrang, Verwaltungsorganisation

(2) Die Organisation der Verwaltung sowie die Zuständigkeiten und das Verfahren werden durch Gesetz bestimmt. Die Organisation der Verwaltung und die Ausgestaltung der Verwaltungsverfahren orientieren sich an den Grundsätzen der Bürgernähe, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Artikel 53 Transparenz

Die Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände stellen amtliche Informationen zur Verfügung, soweit nicht entgegenstehende öffentliche oder schutzwürdige private Interessen überwiegen. Das Nähere regelt ein Gesetz.

Ein Blick in Schleswig-Holsteins Verfassungsgeschichte

Die jetzige Verfassungsreform ist nicht die erste in Schleswig-Holsteins Geschichte. Der Historiker Dr. Jan Schlürmann beschreibt, wie die Verfassungsfrage im 19. Jahrhundert verknüpft war mit dem Streben nach einem einigen, unabhängigen Schleswig-Holstein.

Die jetzige Verfassung aus dem Jahr 1990 wiederum ist eine Reaktion auf die Kieler Affäre, die in den späten 1980er Jahren die Schwächen der damaligen Landessatzung offenbart hatte.

1830: Uwe Jens Lornsen fordert ein einiges „Schleswigholstein“

Seit wann hat Schleswig-Holstein eigentlich eine Verfassung? Diese scheinbar einfache Frage ist nicht leicht zu beantworten. Die Verfassungen und vor allem Verfassungsentwürfe für das Land zwischen Nord- und Ostsee sind älter als das Land „Schleswig-Holstein“, sie stammen aus einer Zeit, in der Schleswig, Holstein und Lauenburg noch einzelne Glieder eines größeren Staates waren, an dessen Spitze der dänische König stand.

Als 1830 der Sylter Uwe Jens Lornsen eine „Verfassung für Schleswig-Holstein“ schrieb, gab es „Schleswig-Holstein“ noch gar nicht. Es war nicht zuletzt die neue Schreibweise des Landesnamens durch Lornsen, welche die Vorstellung zur Wirklichkeit werden lassen wollte, dass die zuvor voneinander getrennten Herzogtümer zu einem Einheitsstaat verschmelzen sollten, der eine Verfassung bekommen sollte. Obwohl Lornsens Vorschlag damals nicht umgesetzt wurde, weil der dänische König Verfassungen für seine Untertanen gegenüber skeptisch eingestellt war, zeigt dieses frühe Beispiel doch eines: Verfassungen können Staaten erschaffen, indem sie in ihnen und für sie politische Regeln festlegen und dabei genau benennen, für welche Menschen und welches Gebiet diese Regeln Gültigkeit haben sollen.

Bis zu einer echten „schleswig-holsteinischen“ Landesverfassung war es 1830 noch weit. Lornsen hatte aber einen Ball ins Rollen gebracht, denn überall in Europa begannen aufgeschlossene Menschen die oft kaum begrenzte Macht von Fürsten und Königen in Frage zu stellen. 1835 – fünf Jahre nach Lornsen – konnte der dänische König

seinen Untertanen in Schleswig und Holstein den Wunsch nach politischer Mitbestimmung nicht mehr ganz verweigern und gewährte ihnen „Provinzialstän­deversammlungen“. Diese tagten für Schleswig in der Stadt gleichen Namens, für Holstein in Itzehoe – Lauenburg ging leer aus und Lübeck, das damals noch eine eigenständige Hansestadt war, besaß schon seit Jahrhunderten eine eigene Stadtverfassung.



Tagungsort der Ständeversammlung für die Provinz Schleswig in den 1830er und 1840er Jahren: Das Schleswiger Rathaus (Foto aus der Mitte des 19. Jahrhunderts)

Die Ständeversammlungen in Schleswig und Itzehoe ließen aber nur geringen Einfluss von wenigen, wohlhabenden Bürgern zu und ihre Möglichkeiten, die Geschicke des Landes mitzubestimmen, waren sehr begrenzt. Erst 1848, im Zuge gesamt­europäischer Revolutionen, erhielt Schleswig-Holstein seine erste richtige Verfassung. Während Schleswig-Holsteiner und Dänen auf Schlachtfeldern kämpften, erarbeiteten ihre politischen Anführer in Kiel und Kopenhagen unabhängige moderne Verfassungen. Schleswig-Holsteins „Staatsgrundgesetz“ trat am 15. September 1848 in Kraft. 1851, nachdem Schleswig-Holstein für einige Jahre wieder unter dänischer

Hoheit kam, wurde es wieder außer Kraft gesetzt. Trotzdem war damit die Idee von „Schleswig-Holstein“ als einem gemeinsamen Staat mit einer eigenen Verfassung unwiderruflich in den Köpfen vieler Menschen verankert. Aber erst 100 Jahre später, 1949, konnte die Idee verwirklicht werden und dieses Mal dauerhafter. Mit der „Landessatzung“ genannten Verfassung knüpfte Schleswig-Holstein an demokratische Ideen an, die mit Uwe Jens Lornsen, den Ständeversammlungen und dem Staatsgrundgesetz auf eine lange Tradition zurückblicken können.

Dr. Jan Schlürmann

1990: Aus der Landessatzung wird die Landesverfassung

Die schleswig-holsteinische Landesverfassung stammt aus dem Jahr 1990, als die ursprüngliche Landessatzung von 1949 nach mehrjähriger Diskussion überarbeitet und ergänzt wurde. Sie regelt in 60 Artikeln Aufbau und Rolle von Parlament, Regierung, Verwaltung und Justiz. Die Verfassung legt wesentliche politische Spielregeln fest und definiert auch inhaltliche Schwerpunkte wie die Förderung der nationalen Minderheiten. Zur Änderung der Verfassung ist sowohl im Landtag als auch bei Volksabstimmungen eine Zweidrittelmehrheit nötig.

Wie bei der nun anstehenden Überarbeitung wurde auch die Verfassungsreform von 1990 von einem Sonderausschuss des Landtages vorbereitet. Anlass für den Verfassungsumbau waren die Erfahrungen der Kieler Affäre des Jahres 1987. Es herrschte parteiübergreifende

Einigkeit, dass die Macht der Regierung begrenzt und die Rolle des Parlaments, insbesondere der Opposition, gestärkt werden sollten.

Zu den Kernpunkten der Reform von 1990 zählten das Selbstauflösungsrecht des Parlaments und die Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf die Dauer der Wahlperiode. Auch die Auskunftsrechte für die Opposition erhielten Verfassungsrang – von der Aktenvorlage bis zum Untersuchungsausschuss. Zudem wurden Volksinitiativen und Volksentscheide aufgenommen, die Gleichstellung der Frau und der Umweltschutz als Staatsziele festgeschrieben sowie Schutz und Förderung der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe verankert.



PROF. HANS-PETER SCHNEIDER:

„Eine Verfassung muss laufend erneuert werden“

Es ist an der Zeit, die Landesverfassung zu überarbeiten, sagt Prof. Hans-Peter Schneider. Der Staatsrechtler aus Hannover hat bereits die letzte Verfassungsreform im Lande Ende der 1980er Jahre begleitet. Außerdem war er Verfassungsrichter in Sachsen und Sachverständiger bei den beiden Föderalismusreformen Anfang dieses Jahrhunderts. Im Interview mit der Landtagszeitschrift spricht Prof. Schneider über die Rolle von Verfassungen im politischen Leben, über die Entwicklung des deutschen Föderalismus und über Chancen und Risiken von Volksentscheiden.

Herr Professor Schneider, die schleswig-holsteinische Landesverfassung ist noch jung, und sie galt bei ihrer Verabschiedung 1990 als modernste in der Bundesrepublik. Warum sollte man sie jetzt, nach nur 24 Jahren, generalüberholen?

Verfassungsreformen haben keine Geburtsstunde und kein Verfallsdatum. Eine Verfassung ist, auch wenn sie schon einmal reformiert wurde, immer weiter fortzuentwickeln. In Anlehnung an ein kirchliches Motto würde ich sagen: *Constitutio reformata semper reformanda* – auch eine reformierte Verfassung muss laufend erneuert werden. Ich denke, es ist durchaus Zeit, jetzt die Verfassung einmal zu überprüfen und rundzuerneuern.

Es gibt in den letzten Jahren die Tendenz, politische Ziele wie die Förderung von Minderheiten, Kultur, Tierschutz oder Pflegebedürftigen in die Verfassung zu schreiben. Das gilt sowohl für das Grundgesetz als auch für Landesverfassungen. Was halten Sie davon?

Zunächst einmal: Man soll die Verfassung nicht überladen. Andererseits muss man schon feststellen, dass solche Staatsziele nicht völlig funktionslos sind. Sie verpflichten den Staat, nach seinen Kräften alles ihm Mögliche und finanziell Vertretbare zu tun, um das Ziel zu erreichen.

Sind solche Staatsziele denn einklagbar?

Da habe ich große Bedenken. Ich kann mich allerdings an einen Fall erinnern, wo das Sächsische Landesverfassungsgericht, dem ich damals angehörte, unter Verweis auf ein Staatsziel ein Vorhaben des Bundesverteidigungsministeriums abgelehnt hat. Es ging um ein geplantes Manöver der Gebirgsjäger in einem Naturschutzgebiet im Elbsandsteingebirge. Wir haben gesagt: Nein, das geht nicht, sucht euch dafür einen anderen Ort. Denn der Naturschutz ist in der Verfassung als Staatsziel ausgewiesen.

Die schleswig-holsteinische Verfassungsdebatte läuft vor dem Hintergrund, dass die deutschen Landesparlamente allgemein über einen Verlust an Einfluss klagen ...

Hier muss man feststellen: Diese Erosion der Landesparlamente ist ein Stück weit nicht nur gestoppt, sondern sogar umgekehrt worden durch die Föderalismusreform I im Jahr 2006. Da haben die Länder eine Fülle von neuen Kompetenzen bekommen...

... etwa den Nichtraucherschutz, den Ladenschluss, Spielhallen, Beamtenbesoldung ...

... alles keine unwichtigen Themen. Hier ist zum ersten Mal überhaupt in der deutschen Verfassungsgeschichte eine Dezentralisierung erreicht worden. Das gab es weder in der Weimarer Republik noch im Kaiserreich. Man hat vom Zentrum aus geschaut: Was können wir regionalisieren und auf die Länder verlagern? Ein völliges Novum und ein gewaltiger Schritt nach vorne.

Ein wichtiges Thema bei der Verfassungsdebatte waren Volksinitiativen und Volksentscheide. Wie stehen Sie grundsätzlich dazu?

Ich bin im Prinzip ein großer Befürworter plebiszitärer Elemente. Allerdings sehe ich bei Volksentscheiden ein Problem bei der Verantwortlichkeit. Denn das Volk kann man nicht zur Verantwortung ziehen, wenn einem bestimmte Entscheidungen nicht gefallen oder wenn diese sich in der Sache als falsch erweisen. Durch einen Volksentscheid wird eine Frage im Vorwege politisiert, im Nachhinein aber entpolitisiert, weil es keine Verantwortlichen gibt, die für die Entscheidung geradestehen müssen oder sogar Gefahr laufen, abgewählt zu werden.

Sollten die Bürger per Volksentscheid auch direkten Einfluss auf den Landeshaushalt erhalten? Zurzeit ist das ausgeschlossen ...

... und ich würde es auch nicht befürworten, zumindest nicht beim Haushaltsgesetz selbst. Man darf allerdings die Grenze nicht so eng ziehen, dass man sagt: Jede haushaltswirksame Maßnahme ist vom Volksentscheid ausgeschlossen. Denn das würde im Grunde fast die gesamte Politik betreffen – schließlich ist alles irgendwie haushaltswirksam.



SAMIAH EL SAMADONI ist Schleswig-Holsteins neue Bürgerbeauftragte

„Es geht um soziale Gerechtigkeit“

Wachwechsel im Amt der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten: Im Mai hat Samiah El Samadoni den Posten von Birgit Wille übernommen, die nach zwei Amtszeiten nicht noch einmal antrat. El Samadoni ist Juristin, hat in ihrer Geburtsstadt Kiel und in Kairo die Schule besucht und war als Rechtsanwältin, im schleswig-holsteinischen Innenministerium und beim Landkreistag tätig. Bei der geheimen Wahl im Landtag erhielt die 43-jährige breiten Zuspruch: 52 von 69 Abgeordneten votierten für sie. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre. El Samadoni ist verheiratet und hat ein Kind.

Die Bürgerbeauftragte vertritt die Interessen von Hilfesuchenden gegenüber den Behörden und gibt der Politik Hinweise, wo im Sozialrecht der Schuh drückt. Über ihre Pläne für das neue Amt sprach Samiah El Samadoni mit der Landtagszeitschrift:

Frau El Samadoni, was reizt Sie an der Aufgabe der Bürgerbeauftragten?

Ganz einfach gesagt: Es geht um soziale Gerechtigkeit. Für mich persönlich ist die Gerechtigkeit auch der Grund gewesen, Jura zu studieren. Ich freue mich darauf, für diejenigen einzutreten, für die der Weg zum Anwalt nicht so einfach ist, die nur das Existenzminimum haben. Bei Auseinandersetzungen und Problemen will ich zwar in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger beraten. Aber ich setze auch auf eine gute Kommunikation mit den Be-

hörden, damit ich letztendlich die Interessen der Hilfesuchenden so effektiv vertreten kann, dass am Ende die Gerechtigkeit siegt.

Was sind Ihrer Meinung nach die derzeit dringlichsten sozialen Probleme im Land?

Ein Problem ist sicherlich der demographische Wandel. Hier werden die Fragestellungen zu den Hilfeleistungen zur Pflege sicherlich anwachsen, besonders, wenn die nächste Stufe der Pflegereform umgesetzt wird. Zunehmend beschäftigen werden uns mit Sicherheit auch die weiterhin steigenden Energiepreise.

Für alle Menschen, die sich in der Grundsicherung am Existenzminimum befinden, sind zum Beispiel Heizkosten-Nachzahlungen ein ernstes Problem. Weiterhin glaube ich, dass uns auch die zunehmende Digitalisierung stark beschäftigen wird. Hier muss man sehr genau darauf achten, nicht zusätzliche Hürden aufzubauen. Es gibt einfach einen Teil der Bevölkerung, der ist nicht so bewandert in der Technologie.

Was schlagen Sie vor?

Es muss immer möglich bleiben, ein Formular in Papierform zu bekommen und nicht nur zum Herunterladen im Internet. Und es muss immer möglich sein, direkt mit einer Behörde zu kommunizieren und nicht nur mit einem Call-Center.

Sie sprachen es bereits an: Immer mehr Menschen fürchten um ihre Rente, fürchten dass sie bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit die Kosten nicht tragen können. Was sagen Sie ihnen?

Ihre Ängste sind nicht ganz unbegründet. Wenn ich eine umfassende Lösung hätte, dass wir alle optimale Pflege und Versorgung im Alter bekommen und auch dafür, das alles finanzieren

zu können, dann würde ich an ganz anderer Stelle sitzen. Klar ist, wir müssen uns vor dem Hintergrund des demographischen Wandels bereits jetzt auf den Weg machen, um Lösungen zu finden. An der Grenze zwischen der Verantwortung der Gesellschaft und der Verantwortung des Einzelnen muss sicherlich noch nachjustiert werden.

Die ausführliche Fassung des Interviews finden Sie unter www.sh-landtag.de

Die Sprechstage der Bürgerbeauftragten stehen auf Seite 28.



DIE SEITE FÜR DAS EHRENAMT

Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Tourismus-Abgabe ersetzt Kurtaxe:

Alle Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein mit hohem Gästeaufkommen können künftig eine Tourismus-Abgabe erheben. Die Nord-Ampel hat im Juni das Kommunalabgabengesetz und die Gemeindeordnung entsprechend geändert. Bislang konnten Kur- und Erholungsorte eine solche Abgabe verlangen. Für Städte wie beispielsweise Flensburg, Lübeck und Kiel galt dies trotz einer Vielzahl an Touristen nicht. Kommunen können die Abgabe von touristischen Unternehmen, die von der öffentlichen Infrastruktur profitieren, erheben. Dazu gehören Hoteliers, Gast- und Pensionswirte. Die Abgabe ersetzt die Kurtaxe, die die Badegäste bislang selbst zahlen mussten.

Harsche Kritik kam aus der Opposition: Die Gesetzesänderungen seien „unausgegoren“, beklagte Hartmut Hamerich (CDU). Es sei unklar, wie und von wem die Abgabe erhoben werden könne. Für Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) ist die „Aufregung“ unverständlich. Schon jetzt würden 80 Kurorte in Schleswig-Holstein eine Fremdenverkehrs-Abgabe erheben, ohne dass es Probleme damit gebe.

(Drucksache 18/1136, /1977)

Kommunales Wahlrecht für Ausländer:

Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit Rheinland-Pfalz eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um Nicht-EU-Bürgern die Teilnahme an Kommunalwahlen zu ermöglichen. Das

hat Innenminister Andreas Breitner (SPD) in der Mai-Tagung in einem von den Liberalen beantragten Bericht erklärt. Damit ist die Landesregierung einem Beschluss des Landtages aus dem Frühjahr 2013 nachgekommen. Allerdings: Ob dieser Antrag eine Chance haben werde, die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen, sei derzeit nicht abzusehen, gestand Breitner ein. Denn der Vorstoß beinhalte ein „verfassungsrechtliches Risiko“, da er unter anderem der bisherigen Definition des „Wahlvolkes“ zuwider laufe.

In der Aussprache kritisierte Ekehard Klug (FDP), dass die Landesregierung das Thema bislang nur „lustlos“ und „kraftlos“ angepackt habe. Dabei betreffe es rund acht Millionen Menschen in Deutschland.

(Drucksachen 18/729 neu, /1873)

Einbürgerungsgebühren:

Die Piraten wollen die Gebühren für Einbürgerungen abschaffen. In einem ersten Schritt soll die Landesregierung den Behörden untersagen, Geld von Menschen zu verlangen, die auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Anschließend sei auf Bundesebene darauf hinzuwirken, die Gebühren für die Einbürgerung generell abzuschaffen. Eine moderne Willkommens- und Bleiberechtskultur zeichne sich auch dadurch aus, „dass sie bürokratische Hürden zum Beispiel zur Erlangung der Einbürgerung abschafft“, heißt es zur Begründung. Laut den Piraten müssen

Ausländer, die den deutschen Pass beantragen, 255 Euro zahlen. Ein Änderungsantrag der Koalition geht in dieselbe Richtung. Die Anträge wurden an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. (Drucksachen 18/1858, /2047)

Kommunale Baukosten:

Schleswig-Holsteins Hausbesitzer müssen auch weiterhin einen finanziellen Beitrag leisten, wenn sie vom Straßenbau vor ihrer Haustür profitieren. Die Nord-Ampel erteilte einem von der FDP vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung, der dies hätte ändern sollen, eine Absage. SPD, Grüne und SSW hatten erst 2012 beschlossen, dass die schleswig-holsteinischen Kommunen von Bürgern oder Firmen Ausbaubeiträge kassieren müssen. Die Liberalen wollten zur alten Regelung zurückkehren, die es den Gemeinden freigestellt hatte, ob sie die Anwohner zur Kasse bitten. Diese „Wahlfreiheit“ sei bürgerfreundlicher, so die Begründung der Liberalen. Die Nord-Ampel hatte den Entscheidungsspielraum mit dem Argument abgeschafft, ein Standort-Wettbewerb ginge zu Lasten finanzschwacher Gemeinden.

(Drucksachen 18/1651, /2094)

Schulentwicklungspläne:

Der Landtag hat die Schulträger und Kreise im April dazu aufgefordert, Schulentwicklungspläne zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben. Zudem wird die Landesregie-

rung gebeten, Erhebungsdetails und den Einsatz von Software, wie das Programm „Primo Geo“, zu erläutern. Ausgangspunkt der Resolution war ein Antrag der Piraten, die ein Konzept für einen landesweiten Schulentwicklungs-Plan angemahnt.

(Drucksachen 18/1349, /1765)

Ehrenamtskarte:

Der Landtag möchten das Ehrenamt attraktiver machen und die sogenannte Ehrenamtskarte aufwerten. Konkret geht es darum, mehr Kooperationspartner zu gewinnen, die den Inhabern der Ehrenamtskarte Vergünstigungen gewähren, beispielsweise für kulturelle Veranstaltungen, Fortbildungen oder Freizeitangebote. Dieser Antrag der Koalition wurde einstimmig angenommen. In einem Änderungsantrag, der an den Sozialausschuss überwiesen wurde, fordern die Piraten zudem, die Ehrenamtskarte auch Jugendlichen unter 16 Jahren auszuhändigen. Außerdem wird ein Regierungsbericht zu dem Thema bis Oktober verlangt.

(Drucksachen 18/1991, /2045)

Schleswig-Holstein sagt Danke!



Die Ehrenamtskarte: Wer sich mindestens fünf Stunden pro Woche für die Gemeinschaft engagiert, kann die Karte beantragen. Sie bedeutet einen verbilligten Eintritt in vielen Museen, Theatern oder Kinos.

Der Landtag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Landtag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Land-Tag will mehr Leichte Sprache

Der Land-Tag will mehr Leichte Sprache verwenden. In Reden, aber auch in Schriften und im Internet. Das haben alle Parteien beschlossen.

Alle Menschen haben ein Recht auf gleiche Informationen. Informationen sollen für alle Menschen leicht zu verstehen sein. Texte von Behörden und Politikern sind oft schwer zu verstehen. Leichte Sprache hilft vielen Menschen. So bekommen alle die gleichen Informationen.

Wolfgang Dudda von der Piraten-Partei sagt: Alle Menschen wollen die Politik verstehen. Und jeder soll mitmachen können.

Deshalb will der Land-Tag mehr Leichte Sprache. Hier soll Leichte Sprache eingesetzt werden: Reden, Informations-Schriften, Broschüren, falt-Blätter, Internet-Texte und Presse-Erklärungen.

Heike Franzen von der Partei CDU sagt: Das ist nicht leicht. Wir alle müssen Leichte Sprache üben.

Auch die Regierung vom Land soll mehr Leichte Sprache nutzen. Das gilt auch für alle Behörden vom Land.

Hier gibt es eine Ausnahme: Gesetze können nicht in Leichter Sprache sein. Sie müssen bestimmte Bedingungen erfüllen. Das heißt in schwerer Sprache: Juristische Anforderungen. Das geht oft nicht in Leichter Sprache. Gesetze sollen aber in Leichter Sprache erklärt werden. Damit alle Bürger sie verstehen können.

Die Gesellschaft soll gleichberechtigt und barrierefrei sein. Leichte Sprache ist eine Voraus-Setzung dafür. Sie soll das Recht auf Teil-Habe für alle Menschen möglich machen.

ERKLÄRUNGEN:

Land-Tag: Im Land-Tag werden Gesetze gemacht. Das sind Regeln, die für alle gelten. Die Menschen im Landtag heißen Abgeordnete. Sie werden alle fünf Jahre neu gewählt.

Partei: Menschen mit den gleichen Zielen sind zusammen in einer Partei.



Eine Sitzung im Land-Tag

Krach auf der Kieler Woche

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung machte schon zum vierten Mal den KRACH-MACH-TACH. Dort wird Krach gemacht für Inklusion. Der Tag soll allen Menschen zeigen: Es ist gut, wenn es ganz viele unterschiedliche Menschen gibt. Der Lärm soll zeigen: Jeder ist normal, so wie er ist.

Dieses Mal war der KRACH-MACH-TACH wieder in der Kieler Woche. Die Kieler Woche ist jedes Jahr am Ende vom Juni. Ganz viele Menschen waren da. Mehr als 350 behinderte und nicht-behinderte Menschen gingen durch die Stadt – wie bei einer Demonstration.

Manche von ihnen waren in Gruppen unterwegs. Die hatten tolle Wagen gebaut und geschmückt. Mit ihren Musik-Instrumenten machten sie großen Lärm. Es gab einen großen Krach-Macher Wettbewerb. Es gab auch einen Musik-Wettbewerb. Die Krach-Macher und die Musiker trafen zusammen an der Jungen Bühne.

Einige Leute waren extra da, um alles zu bewerten. Die nennt man Jury. Die Jury entschied, wer am besten Krach gemacht hat. Sie entschied auch, wer die beste Musik gemacht hat. Die Besten bekamen 1.000 Euro.

Dieses Mal haben acht Gruppen mitgemacht. Die Gruppe „Lautstark“ hat den Krachmacher-Preis gewonnen. Sie ist von der Stiftung Mensch aus Wacken. „Vacuum“ von der Eckernförder Werkstatt hat den Musikpreis gewonnen. Die Gewinner haben sich sehr gefreut. Aber alle waren richtig gut. Das fanden auch die vielen Zuschauer. Sie waren begeistert vom vierten KRACH-MACH-TACH.



Die Zweiten: „HörBar – alles inklusive“ aus Husum

ERKLÄRUNGEN:

Inklusion: Jeder Mensch soll selbstbestimmt am Leben teilnehmen. Das heißt: Jeder soll so leben können, wie er möchte. Auch, wenn man zum Beispiel eine Behinderung hat. Die Gesellschaft soll helfen, dass einem trotzdem nichts im Weg steht. Wenn das klappt, nennt man das Inklusion.

Die Gewinner: „Lautstark“ aus Wacken





MIT DEM LANDTAG DURCHS JAHR 2015

Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages



Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Do Neujahr	1 So	1 So	1 Mi	1 Fr 01. Mai	1 Mo
2 Fr	2 Mo	2 Mo	2 Do	2 Sa	2 Di
3 Sa	3 Di	3 Di	3 Fr Karfreitag	3 So	3 Mi
4 So	4 Mi	4 Mi	4 Sa	4 Mo	4 Do
5 Mo	5 Do	5 Do	5 So Ostern	5 Di	5 Fr
6 Di Hl. 3 Könige	6 Fr	6 Fr	6 Mo Ostern	6 Mi	6 Sa
7 Mi	7 Sa	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So
8 Do	8 So	8 So Int. Tag der Frau	8 Mi	8 Fr	8 Mo
9 Fr	9 Mo	9 Mo	9 Do	9 Sa Europatag	9 Di
10 Sa	10 Di	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi
11 So	11 Mi	11 Mi	11 Sa	11 Mo	11 Do
12 Mo	12 Do	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr
13 Di	13 Fr	13 Fr	13 Mo	13 Mi	13 Sa
14 Mi	14 Sa	14 Sa	14 Di	14 Do Himmelfahrt	14 So
15 Do	15 So	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo
16 Fr	16 Mo	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Di
17 Sa	17 Di	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi
18 So	18 Mi	18 Mi	18 Sa	18 Mo	18 Do
19 Mo	19 Do	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr
20 Di	20 Fr	20 Fr	20 Mo	20 Mi	20 Sa
21 Mi	21 Sa	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So
22 Do	22 So	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo
23 Fr	23 Mo	23 Mo	23 Do	23 Sa Tg. d. Grundgesetzes	23 Di
24 Sa	24 Di	24 Di	24 Fr	24 So Pfingsten	24 Mi
25 So	25 Mi	25 Mi	25 Sa	25 Mo Pfingsten	25 Do
26 Mo	26 Do	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr
27 Di Holocaust-Gedenktag	27 Fr	27 Fr	27 Mo	27 Mi	27 Sa
28 Mi	28 Sa	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So
29 Do		29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo
30 Fr		30 Mo	30 Do	30 Sa	30 Di
31 Sa		31 Di		31 So	

Legende:

- Plenum
- Schulferien/Sitzungsfreie Zeit
- Bundesrat





Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Mi	1 Sa	1 Di	1 Do	1 So	1 Di
2 Do	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo	2 Mi
3 Fr	3 Mo	3 Do	3 Sa Tag d. dt. Einheit	3 Di	3 Do
4 Sa	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr
5 So	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do	5 Sa
6 Mo	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So 2. Advent
7 Di	7 Fr	7 Mo	7 Mi	7 Sa	7 Mo
8 Mi	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Di
9 Do	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo	9 Mi 23.10.
10 Fr	10 Mo	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Do
11 Sa	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr 23.10.
12 So	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do	12 Sa
13 Mo	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So 3. Advent
14 Di	14 Fr	14 Mo	14 Mi 23.10.	14 Sa	14 Mo
15 Mi	15 Sa	15 Di	15 Do 23.10.	15 So Volkstrauertag	15 Di
16 Do	16 So	16 Mi 23.10.	16 Fr 23.10.	16 Mo	16 Mi
17 Fr	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do
18 Sa	18 Di	18 Fr 23.10.	18 So	18 Mi Bus- und Straßenbahnverkehr	18 Fr
19 So	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Di 23.10.	19 Sa
20 Mo	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr 23.10.	20 So 4. Advent
21 Di	21 Fr	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Mo
22 Mi	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So Totensonntag	22 Di
23 Do	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo	23 Mi
24 Fr	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do Heiligabend
25 Sa	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr 1. Weihnachtstag
26 So	26 Mi	26 Sa	26 Mo	26 Do	26 Sa 2. Weihnachtstag
27 Mo	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So
28 Di	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Sa	28 Mo
29 Mi	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So 1. Advent	29 Di
30 Do	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo	30 Mi
31 Fr	31 Mo		31 Sa Reformationstag		31 Do Silvester



Stand: 6. Mai 2014





Krabbenfischer feiern „Rekordjahre“ und fürchten „Nullnutzung“

Wenn die Medien über Schleswig-Holsteins Krabbenfischer berichten, dann meist mit Negativ-Schlagzeilen: Da ist von der Überfischung der Nordsee die Rede und von zu viel Beifang im Netz. Es geht um Betriebspleiten wegen zu geringer Gewinne oder um die Schließung des Landeshafens Friedrichskoog. Doch die ökonomische Situation der Krabbenfischer sei zurzeit „ganz hervorragend“, erklärte Fischereiminister Robert Habeck (Grüne) im April im Landtag. Die Opposition sah das anders.

Die Erträge der verbliebenen 84 Krabbenkutter an der Westküste blieben stabil, die Jahre 2012 und 2013 seien sogar „Rekorderlösjahre“ gewesen, sagte Habeck in einem von der FDP geforderten mündlichen Bericht. Der Strukturwandel wirke sich bei den Fischern „bei weitem nicht so dramatisch aus wie in der Landwirtschaft“. Habeck lobte den Zusammenschluss von 100 Krabbenfishern aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu einer Erzeugerorganisation: „Ich begrüße es sehr, dass die Dinge nicht nur den großen Konzernen überlassen werden, sondern dass sich die Krabbenfischer immer mehr selbst organisieren.“ Es sei richtig, den eigenen Fang selbst zu vermarkten und die Krabben vor Ort zu

verarbeiten, anstatt sie aus Kostengründen zum Pulen nach Marokko zu schicken.

Probleme sah der Minister bei der Muschelfischerei. Grund: Die Muschelbänke im Nationalpark schrumpfen. Stattdessen sollen nun heimische Saatmuscheln gezüchtet und ausgesetzt werden.

CDU und FDP übten harsche Kritik an Habecks Fischereipolitik: Statt für „verlässliche Rahmenbedingungen“ zu sorgen, schüre er Misstrauen. „Einschränkungen für die Krabben- und Muschelfischerei können kein Ziel der Landespolitik sein“, mahnte Oliver Kumbartzky (FDP). Mit Blick auf mögliche weitere Einschränkungen der Fanggebiete zu Gunsten des Naturschutzes warnte Klaus Jensen (CDU) den Minister: „Lassen Sie die Finger von den derzeitigen Fanggebieten.“ Eine Ausweitung der sogenannten „Nullnutzungs-Zonen“, in denen kein menschlicher Eingriff erlaubt ist, schade den Fischern.

Zuspruch bekam Habeck aus den Reihen der Nord-Ampel. „Die Landesregierung geht hier den richtigen Weg“, konstatierte Lars Winter (SPD). Marlies Fritzen (Grüne) gab sich sicher, dass es gelingen könne, sowohl den Nationalpark Wattenmeer wirksam zu schützen als auch der Krabben- und Muschelfischerei eine dauerhafte und nachhaltige Existenz

zu ermöglichen. Für Flemming Meyer (SSW) spielt dabei die Ausdehnung von „umweltgerechteren Fangmethoden“ eine wichtige Rolle. Politik, Forscher und Fischer seien gemeinsam gefragt, die nachhaltige Krabbenfischerei voranzutreiben. Etwa mit der sogenannten „elektrischen Baumkurre“. Dabei werden die Rollen am Geschirr durch Elektroden ersetzt. Die erzeugen ein elektrisches Feld vor der Netzöffnung, und die Nordseegarnelen verlassen das Sediment. Dadurch sollen mehr Krabben im Netz landen und die Beifänge anderer Arten gleichzeitig gesenkt werden.

Auch die Piraten lobten die Fortentwicklung von schonenderen Fangmethoden. Der Naturschutz könne durch technische Innovationen „beflügelt“ werden, sagte Angelika Beer. (Drucksache 18/1728)



„Die Kutterflotte der Westküste ist im Durchschnitt über 35 Jahre alt“, betonte Oliver Kumbartzky (FDP). Damit könne man mit den modernen Krabbenkutterflotten nicht mehr mithalten. Seine Forderung: Projekte zur Energieeinsparung und günstige Existenzgründerdarlehen.



Umweltminister Robert Habeck (Grüne) kam mit Fachliteratur zur Seefahrt ins Plenum und unterstrich: Sowohl der Krabbenfang als auch der Naturschutz gehören untrennbar zum schleswig-holsteini-schen Wattenmeer.



Auflagen für Jäger: Schleswig-Holstein schießt bleifrei

Wer Rehrücken, Hasenkeule oder Wildschweinbraten auf dem Teller hat, der könnte seine Organe mit Schwermetall belasten – wenn das Wild mit bleihaltiger Munition erlegt wurde. Insbesondere Kinder und Schwangere gelten als gefährdet. Ein neues Gesetz verbietet im Lande deshalb das Jagen mit Blei ab dem 1. April 2015. Querschüsse kamen aus der Opposition.

Das Gesundheitsrisiko sei nur gering, protestierten CDU, FDP und Piraten bei der Änderung des Landesjagdgesetzes im Mai. Und: Kupfer- oder Zinkkugeln würden nicht so schnell töten. Dadurch würde das Tier unnötig leiden. Mit ihrem Widerstand gegen den gesetzgeberischen „Schnellschuss“ befand

sich die Opposition auf einer Linie mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU). Der passionierte Jäger hat eine Online-Petition gegen das Verbot auf den Weg gebracht.

„Wie viel muss man essen, damit man dadurch zu Schaden kommt?“, fragte Hauke Götttsch (CDU) in der Landtagsdebatte. Kaum jemand habe täglich Wild auf dem Teller. Zudem würden Querschläger Menschen in der Nähe gefährden, denn bleifreie Munition habe ein anderes Abprallverhalten, betonte Götttsch. Oliver Kumbartzky (FDP) merkte an, es sei „Fakt, dass die derzeit vorhandene bleifreie Munition keine sofortige Tötungswirkung haben kann“. Die Koalition ma-

che somit „Tierquälerei zum Gesetz“. „Ich bin nicht für Blei-Munition“, bekannte Angelika Beer (Piraten): „Ich bin aber dafür, dass wir sie durch einen Munitionstyp ersetzen, der die gleiche Leistung aufweist“ und der „erwiesenermaßen zu einer verantwortlichen Jagd im Sinne der Jägerschaft, der Tiere und der Verbraucher“ führe. Und solche Patronen gebe es noch nicht.

Schleswig-Holstein sei bundesweit die „Speerspitze“ beim Blei-Verbot, hielt Marlies Fritzen (Grüne) dagegen. Sie führte mehrere wissenschaftliche Untersuchungen ins Feld, die besagten: Die Tötungswirkung der Geschosse hänge nicht vom Material, sondern von der Konstruktion ab – und von der „Treffsicherheit

der Jägerinnen und Jäger“, so Fritzen. Sandra Redmann (SPD) betonte, die Koalition habe sich „nach gründlicher Abwägung“ für das Verbot entschieden. Die landeseigenen Forste seien bereits seit zwei Jahren bleifrei, und dort laufe es „relativ problemlos“. Und Flemming Meyer (SSW) ergänzte, Blei-Munition gefährde streng geschützte aasfressende Greifvögel wie Seeadler, weil sie beim Fressen Blei aufnehmen.

Forstminister Robert Habeck (Grüne) unterstrich, bleifreie Munition sei die „zeitgemäße Alternative“. Gemeinsam mit seinen Amtskollegen in den anderen Ländern wolle er deshalb dafür kämpfen, die Blei-Jagd bundesweit zu verbieten.

(Drucksachen 18/752 und 18/1033neu)



Flemming Meyer (SSW) verwies auf das Beispiel Dänemark: „Dort schießen sie schon lange mit bleifreier Munition und kommen damit gut zurecht.“ Es sei absurd, den dortigen Jägern vorzuwerfen, sie seien deswegen „Tierquäler oder schlechte Naturschützer“.



Das Fahrrad startet durch Aber: Sechs Punkte müssen besser werden

Rauf auf den Sattel und kräftig in die Pedale treten: Im Sommer steigen wieder viele Einheimische und Touristen in Schleswig-Holstein auf das umweltfreundliche und kostengünstige Fahrrad. Das Zweirad boomt, und die Politik muss einen Gang höher schalten. Das wurde im Juni im Landtag deutlich.

Den Startschuss zur Debatte lieferte Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD), der umfangreiches Zahlenmaterial präsentierte. Das hatte die SPD-Fraktion per großer Anfrage angefordert. Schleswig-Holstein besitze im Bundesvergleich die meisten Radwege an Bundes- und Landstraßen, berichtete Meyer, und liege bei den kommunalen Straßen auf Platz zwei. Auf zwölf Radfernwegen mit einer Länge von insgesamt 2.700 Kilometern können Radfahrer den Norden erkunden. Dazu gibt es in allen Regionen Kurzstrecken. Das Land gebe jährlich fünf Millionen Euro für den kommunalen Radwegebau aus, unterstrich Meyer. Dennoch seien 23 Prozent der Radwege sanierungsbedürftig.

Mit den Zahlen des Ministers im Gepäck beschrieben die Redner der Fraktionen anschließend sechs Problemfelder, auf denen Schleswig-Holstein nicht abgehängt werden dürfe:

Punkt 1: Finanzielle Förderung

Angesichts der vielen Schlaglöcher im Radwegenetz mahnte Patrick Breyer (Piraten) ein Förderprogramm an. Der Anteil des Drahtesels am Gesamtverkehrsaufkommen gehe zurück: von zehn Prozent im Jahr 2005 auf neun Prozent 2012. Das sei „ein Desaster, das zeigt, dass wir den Lenker herumreißen müssen“. Die Sanierung bestehender Strecken müsse Vorrang vor dem Neubau haben.

Punkt 2: Autofahrer, Augen auf!

Kai Vogel (SPD) sprach sich dafür aus, dass Autofahrer besser auf die steigende Zahl der Radler vorbereitet werden, etwa als Teil der Führerscheinprüfung. „Wir brauchen eine positive, radbejahende Haltung“, mahnte Vogel. Kraftfahrer müssten „den Blick für die Belange des Radverkehrs“ schärfen und Radfahrer im Straßenverkehr besser wahrnehmen.

Punkt 3: Wirtschaftsfaktor Rad

Das Fahrrad werde immer mehr zum „Produktionsmittel der Wirtschaft“, betonte Andreas Tietze (Grüne). „Es ist nicht länger nur der Pizzabote, der mit dem Fahrrad unterwegs ist.“ Gerade in Großstädten könnten Akten oder Blutproben „schnel-

ler, zielgerichteter und klimagerechter“ auf zwei Rädern transportiert werden. Tietze forderte, dieses „grüne Wachstum“ besser zu unterstützen.

Punkt 4: Elektro-Räder

Hartmut Hamerich (CDU) verlangte mehr Geld für den Ausbau und die Sanierung der Radwege, vor allem mit Blick auf die wachsende Zahl der Elektro-Räder. „Bereits im Jahr 2012 wurden 400.000 Elektrofahrräder in Deutschland verkauft, Tendenz weiter stark steigend“, beton-

te Hamerich: „Man muss kein Prophet sein, um vorausszusehen, dass die Anforderungen an Radwege und die gesamte Fahrradinfrastruktur deutlich steigen werden.“

Punkt 5: Städte stärken

„Unsere Städte sind beim Radverkehr von niederländischen Städten wie zum Beispiel Amsterdam Lichtjahre entfernt“, beobachtete Christopher Vogt (FDP). Dort habe der Radverkehr traditionell eine ganz andere Bedeutung und erfahre eine viel größere Akzeptanz. Vogt sah „vor allem Bedarf an zusätzlichen Radspuren, Schutzstreifen, sicheren Übergängen und geeigneten Abstellmöglichkeiten“.

Punkt 6: Rad-Tourismus

Eine „qualitative Weiterentwicklung der radtouristischen Angebote“ hat für Flemming Meyer (SSW) Priorität. Dazu müsse das Fahrrad noch mehr mit dem Öffentlichen Personennahverkehr verknüpft werden, etwa durch den Ausbau von „Bike & Ride-Angeboten“ an Bahnhöfen. Auch eine bessere Pflege der Beschilderung sei nötig, so Meyer.

(Drucksachen 18/1298, /1806, /1975neu)



Kai Vogel (SPD) sah Nachholbedarf in punkto Verkehrssicherheit für Radfahrer, denn an jedem fünften Verkehrsunfall sei ein Fahrrad beteiligt: „Unfallschwerpunkte können mit Ausschielderungen, Ampelschaltungen oder Vorfahrtsregelungen sicherer gestaltet werden.“

Erklärung zur Organ- und Gewebespende

Für den Fall, dass nach meinem Tod eine Spende von Organen/Geweben zur Transplantation in Frage kommt, erkläre ich:

JA, ich gestatte, dass nach der ärztlichen Feststellung meines Todes meinem Körper Organe und Gewebe entnommen werden.

oder JA, ich gestatte dies, mit **Ausnahme** folgender Organe/Gewebe:

oder JA, ich gestatte dies, jedoch **nur** für folgende Organe/Gewebe:

oder NEIN, ich widerspreche einer Entnahme von Organen oder Geweben.

oder Über JA oder NEIN soll dann folgende Person entscheiden:

Name, Vorname _____ Telefon _____

Straße _____ PLZ, Wohnort _____

Platz für Anmerkungen/Besondere Hinweise _____

DATUM _____ UNTERSCHRIFT _____

Organspendeausweis

nach § 2 des Transplantationsgesetzes

Organspende

Name, Vorname _____
Geburtsdatum _____

Straße _____
PLZ, Wohnort _____

BZgA

**Bundeszentrale
für gesundheitliche
Aufklärung**

Antwort auf Ihre persönlichen Fragen erhalten Sie beim Infotelefon Organspende unter der gebührenfreien Rufnummer 0800 / 90 40 400.



Immer weniger Organspender: Landtag will informieren und aufklären

Nach dem Organ-Skandal im Jahr 2012 ist die Zahl der Spender von Herz, Leber oder Niere drastisch gesunken. Der Landtag will nun gegensteuern, durch Aufklärung und Beratung. Ein Antrag der CDU unter dem Motto „Organspende rettet Leben“ stieß im Juni auf breiten Zuspruch.

„In Schleswig-Holstein stellen im vergangenen Jahr lediglich 22 Menschen ihre Organe für andere zur Verfügung“, klagte der Unionsabgeordnete Karsten Jasper. Aktuell stünden deutschlandweit 11.000 Menschen auf der Transplantationsliste, davon 400 in Schleswig-Holstein. „Da kann sich jeder selbst

ausrechnen, wie groß seine Chance auf ein Spenderorgan wäre.“ Jasper rief die Landesregierung auf, im Verbund mit Krankenkassen und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gegen die Spende-Müdigkeit anzugehen und „mehrsprachig und niedrigschwellig“ über das Thema zu informieren. Ärzte müssten schon während des Studiums auf die Problematik vorbereitet werden, und auch die Krankenhäuser müssten sich stärker engagieren.

Gesundheitsministerin Kristin Alheit (SPD) stimmte im Grund-

satz zu. Sie warnte allerdings davor, zu große Hoffnungen in Info-Kampagnen zu setzen. In Bayern beispielsweise seien an alle Haushalte Flugblätter verteilt worden. Die Aktion habe 800.000 Euro gekostet, aber keine „signifikante“ Wirkung entfaltet. Um die aktuelle Vertrauenskrise zu überwinden, müsse den Spendewilligen die „Sicherheit zurückgegeben werden“, dass sie es nicht mit einem „korrupten System“ zu tun hätten.

Vor zwei Jahren kam heraus, dass Ärzte an mehreren deutschen Kliniken offenbar Patientenakten manipuliert hatten, um nicht so akute Anwärter bei der Organvergabe zu bevorzugen. Die Staatsanwaltschaften ermitteln noch. Die Folge des Skandals: Die Spende-Bereitschaft sank rapide. 2013 gab es deutschlandweit nur noch 876 Spender, ein Rekord-Minus seit Verabschiedung des Transplantationsgesetzes 1997. Ein Jahr zuvor hatten noch 1.046 Menschen ihre Organe gespendet. Das berichtet die Deutsche Stiftung Organtransplantation. Auch Schleswig-Holstein verzeichnete ein kräftiges Minus. Nach Angaben der Stiftung kamen 2013 in Deutschland auf eine Million Menschen im Schnitt

10,9 Spender. Im Norden waren es lediglich 7,8.

„Wir sind in Europa jetzt das Schlusslicht bei den Organspenden“, stellte Bernd Heinemann (SPD) fest: „Jeden Tag sterben durchschnittlich drei Menschen, die auf der Warteliste stehen.“ Marret Bohn (Grüne) verwies auf das Beispiel Spanien. Dort komme grundsätzlich jeder für eine Organspende in Frage. Wer dies nicht möchte, muss aktiv widersprechen. Als Ärztin habe sie hierfür „Sympathie“, betonte Bohn.

Der spanische Weg sei besser als die deutsche „Entscheidungslösung“, pflichtete Heiner Garg (FDP) bei. Hierzulande wird jeder Mensch ab 16 Jahren regelmäßig von der Krankenkasse angeschrieben und gebeten, Organspender zu werden. Das habe aber offensichtlich „keinen Durchbruch“ gebracht, bemerkte Garg. Entscheidend sei, dass die Menschen sich rechtzeitig mit dem Thema befassten, betonte Wolfgang Dudda (Piraten) – und „nicht erst dann, wenn Menschen auf die Medizin treffen“. Und Flemming Meyer (SSW) regte an, das Thema „in verbindlicher Form“ in den Schulunterricht zu integrieren: „So stellen wir langfristig Vertrauen und ein größeres Maß an Spendenbereitschaft her.“

Im Sozialausschuss wollen sich die Abgeordneten nun auf eine gemeinsame Formulierung verständigen.

(Drucksache 18/2002)



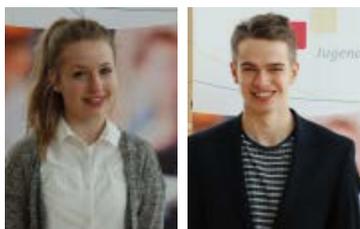
Karsten Jasper (CDU): „Organspende ist ein Zeichen zwischenmenschlicher Solidarität, und wir müssen Menschen in sensibler, kompetenter Form darüber aufklären, damit wir mehr Organspenden bekommen.“

Mehr zum Thema:
www.organspende-info.de

MELDUNGEN

Anna und Arwed diskutieren am besten

Großer Erfolg für die Kieler Max-Planck-Schule: Mit der 14-jährigen Anna Jeworrek und dem 17-jährigen Arwed Buchholtz (s. Fotos) stellt das Gymnasium die besten Nachwuchs-Debattenredner Schleswig-Holsteins.



Die beiden Schüler gewannen Anfang April im Plenarsaal den Landeswettbewerb von „Jugend debattiert“ in ihren jeweiligen Altersklassen. Rund 7.250 Schüler aus 43 Schulen hatten sich in diesem Jahr in Schleswig-Holstein beteiligt. Das waren deutlich mehr als im Vorjahr.

Ziel des Wettbewerbs ist es, Schüler ab Klasse 5 zu ermutigen, an der eigenen Sprache und den passenden Argumenten zu feilen. Die Themen der Debatte führen die Schüler auch an die Politik heran und motivieren sie zum demokratischen Handeln.

Ende Juni vertraten die beiden das Land beim Bundesfinale von „Jugend debattiert“ in Berlin und erreichten gute Plätze im Mittelfeld. Zuvor hatten Anna und Arwed die Chance, bei einem professionellen Rhetorik-Training an ihren Debattierkünsten zu feilen. Hier wurden sie gemeinsam mit den Siegern der anderen Länder für den Bundeswettbewerb fitgemacht.

Der Landtag ist langjähriger Kooperationspartner bei der Ausrichtung des Landeswettbewerbs von „Jugend debattiert“.

Hannah und Enya lesen am besten



Hannah Repenthin (re.) aus der Gemeinschaftsschule Harksheide in Norderstedt und Enya Papendick (li.) von der Geschwister-Scholl-Schule Uetersen sind die Landes-Siegerinnen des 55. Vorlesewettbewerbs des deutschen Buchhandels, der im Mai im Landeshaus stattfand. Enya setzte sich in der Kategorie der Förderschulen durch. Hannah gewann bei den allgemeinbildenden Schulen.

Enya las im Plenarsaal aus ihrem Lieblingsbuch, dem „großen Hexe Lilli Vorlesebuch“, und Hannah trug einige Passagen aus dem „Geheimnis von Bahnsteig 13“ vor. Zudem mussten sie ihre Vorlese-Künste an einem unbekanntem Text unter Beweis stellen. Insgesamt waren neun Jungen und Mädchen zum Lesefinale nach Kiel gekommen, nachdem sie sich im Kreis- und im Bezirkswettbewerb durchgesetzt hatten. Alle Teilnehmer bekamen eine Urkunde und Buchpreise.

Hannah vertrat Schleswig-Holstein zudem Anfang Juli beim Bundesentscheid in Berlin. Sie machte ihre Sache erneut ausgezeichnet und landete knapp hinter dem Sieger aus Mecklenburg-Vorpommern.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist ein ausgezeichnete Arbeitgeber



Die Landtagsverwaltung ist Mitte Juni in Berlin für ihre familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet worden: mit dem sogenannten „audit berufundfamilie“. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, vergeben. Partner sind das Bundesfamilienministerium und das Bundeswirtschaftsministerium. Der Landtag ist damit die einzige auditierte Landesbehörde aus Schleswig-Holstein und gehört deutschlandweit zu insgesamt 86 Arbeitgebern, die nun erstmals dieses Zertifikat erhalten.

„Es ist eine großartige Auszeichnung für unsere Bemühungen, den Kolleginnen und Kollegen eine familienfreundliche Arbeitsatmosphäre zu bieten“, freute sich Landtagspräsident Klaus Schlie. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehöre zu den wichtigsten Herausforderungen der Zeit. „Bei Bewerbungsgesprächen spüren wir immer mehr, dass nicht nur die Bezahlung, sondern auch die äußeren Rahmenbedingungen stimmen müssen“, unterstrich der Parlamentspräsident.

Die 124 Beschäftigten im Kieler Landeshaus können zum Beispiel Teilzeitmodelle, flexible Heimarbeitsregelungen, Gesundheitsschutz, Betreuungsangebote bei Notfällen und Spielmöglichkeiten für Kinder in Anspruch nehmen.

FC Landtag in Glinde: Fußball gegen Extremismus

Ein munteres Spiel und eine Spende für den Kampf gegen Extremismus: Der FC Landtag ist Mitte Juni in Glinde (Kreis Stormarn) angetreten, um die Initiative „Glinde gegen rechts“ zu unterstützen. Die mehrfach ausgezeichnete Bürgerinitiative leistet Widerstand gegen eine Filiale der Modemarke „Thor Steinar“, deren Produkte unter Rechtsextremen als Erkennungsmerkmal gelten. Die Parlamentsmannschaft bestritt das Eröffnungsspiel eines Turniers der Bürgerinitiative.

Anschließend übergab Teamchef Christopher Vogt (FDP) dem Bündnis eine Spende von 100 Euro. Eine weitere Spende über 150 Euro erhielt der TSV Glinde, der sein Gelände für das Turnier zur Verfügung stellte. Die Gliner Kicker wollen einen neuen Kunstrasenplatz bauen. Auch im Spiel gegen eine Auswahl des Turnierausrichters zeigte sich der FC Landtag spendabel und unterlag mit 0:3.



Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung gingen in Glinde für den FC Landtag an den Start.

IM RÜCKBLICK

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht unsere Reise ins Jahr 1974 und ins Jahr 1954. Beide Male im Fokus: die Fußball-Weltmeisterschaft.

1974: Das Parlament und „König Fußball“

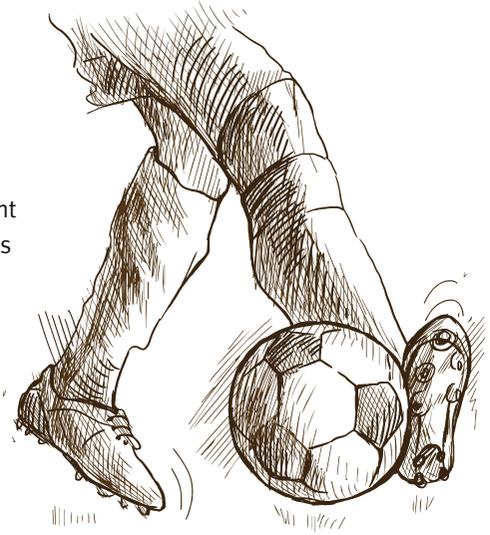
„König Fußball“ regierte, als sich die besten Nationalmannschaften im Sommer 1974 in der Bundesrepublik trafen. Und Schleswig-Holstein stand drei Juni-Wochen lang im Blickpunkt. Denn das DFB-Team hatte in Malente Quartier bezogen. Das schürte auch im Landeshaus das

Interesse am runden Leder. Landtagspräsident Helmut Lemke und der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Sport, Werner Hahn, reisten in die ostholsteinische Sportschule. Als Grund für die Fahrt vermeldete die Landtagszeitschrift damals: Die Politiker wollten sich über die WM „in-

formieren“. Beide dürften nicht unglücklich gewesen sein, dass als Nebenprodukt ein Erinnerungsfoto mit Bundestrainer Helmut Schön und Franz Beckenbauer herauskam.

Werner Hahn und sein Ausschuss verlegten sogar eine Sitzung in die Sportschule und debattierten mit Verbandsvertretern über „die Situation des Sports in Schleswig-Holstein“. Ergebnis laut Protokoll: „Besonders durch die Olympiade 1972 und die Fußballweltmeisterschaft“ gebe es einen Ansturm auf die Vereine. Es mangle an Trainern, und auch die Sporthallen und Fußballplätze seien oft in einem schlechten Zustand.

Trainer Schön und „Kaiser“ Franz dürften eher wenig Interesse an den ramponierten schleswig-holsteinischen Sportplätzen gehabt haben. Den Coach und seinen Kapitän beschäftigten die mittelmäßigen Darbietungen der bundesdeutschen Elf in der Vorrunde und die 0:1-Niederlage



im „Bruderduell“ mit der DDR. Zudem behagte die norddeutsche Idylle vielen Starkickern gar nicht. Um sich abzulenken, ließ man sich nachts per Taxi auf die Reeperbahn chauffieren oder stritt mit den Funktionären des Deutschen Fußballbundes um Siegpriämien.

Immerhin: Der oft beschworene „Geist von Malente“ verhalf der Nationalelf schließlich zum 2:1-Endspielsieg gegen die Niederlande. Und der DFB-Tross kehrte noch jahrzehntelang vor großen Turnieren nach Malente zurück.



Malente 1974: Die Landespolitik trifft auf künftige Weltmeister. V. li.: der Sportausschussvorsitzende Werner Hahn, Landtagspräsident Helmut Lemke, Bundestrainer Helmut Schön, Mannschaftskapitän Franz Beckenbauer.

1954: Hochwasser verdrängt das „Wunder von Bern“

Beim allerersten deutschen WM-Triumph im Jahr 1954 reagierte die schleswig-holsteinische Landespolitik verhalten. Zum einen gab es kein Trainingslager in der Nähe. Zum anderen wurde das „Wunder von Bern“, der 3:2-Finalsieg gegen Ungarn am 4. Juli 1954, bald von einer Unwetterkatastrophe in Bay-

ern überschattet. Der strömende Regen, der der Mannschaft um Fritz Walter im Endspiel in die Karten gespielt hatte, prasselte auch nach dem Abpfiff in ganz Mitteleuropa weiter. In Bayern regnete es vier Tage ohne Unterbrechung, und der durchtränkte Boden konnte die Wassermassen nicht mehr aufnehmen. Schließlich standen 150.000 Hektar

unter Wasser, 9.000 Menschen mussten evakuiert werden, zwölf Tote waren zu beklagen.

Und so gab es im Landtag keinen Fußball-Jubel. Die nächste Sitzung begann mit einer Gedenkminute für die Opfer. Landtagspräsident Karl Ratz wies darauf hin, „dass die Bevölkerung Schleswig-Holsteins angesichts ihres ständigen Kampfes

mit den Naturgewalten an der Küste der jetzigen bayerischen Notlage besonderes Verständnis entgegenbringt“. Schleswig-Holstein überwies „zur Linderung der Not“ den symbolischen Betrag von 10.000 DM an den Freistaat Bayern.

PERSONALIEN

Heiko Vosgerau ist seit Anfang



Juni neuer Leiter der Landeszentrale für politische Bildung. Der 46-jährige stammt aus Eckernförde und hat an der Kieler Uni Geschichte, Politikwissenschaft und Öffentliches Recht studiert. Zuvor hatte Vosgerau zwölf Jahre lang das Lübecker Regionalbüro der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung geleitet. Die Landeszentrale für politische Bildung ist seit dem Jahr 2010 beim Landtag angesiedelt.

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete aus Bad Schwartau, hat Anfang Juli den ehrenamtlichen Vorsitz der Stiftung Naturschutz übernommen. Sie löst ihre frühere CDU-Parlamentskollegin Herlich Marie Todsens-Reese ab, die die Stiftung seit 2009 geleitet hatte. Die Stiftung Naturschutz kauft oder pachtet land- und forstwirtschaftliche Flächen, um sie für den Natur- und Artenschutz zu sichern.

Silke Schneider ist seit Mitte



April Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Ministerpräsident Tosten Albig ernannte die 46-jährige als Nachfolgerin von Ulf Kämpfer, der im April sein neues Amt als Kieler Oberbürgermeister angetreten hat. Schneider hat in Köln und Hamburg Jura studiert und ist seit 1997 Richterin. Sie arbeitete am Lübecker Landgericht und war von 2008 bis 2011 Gleichstellungsbeauftragte im schleswig-holsteinischen Justizministerium. Sie hat sechs Kinder und lebt in Lübeck.

Heide Simonis, langjährige Mi-



nisterpräsidentin und Landtagsabgeordnete, ist seit Ende Juni Ehrenbürgerin Schleswig-Holsteins. Während einer Feierstunde in Kiel verlieh ihr Ministerpräsident Torsten Albig diesen Titel. Heide Simonis stand als erste Frau an der Spitze eines deutschen Bundeslandes. Landtagspräsident Klaus Schlie erklärte im Namen aller Fraktionen: „Die Ehrenbürgerwürde für Heide Simonis ist goldrichtig.“ Simonis gehörte von 1992 bis 2005 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. 1988 wurde sie schleswig-holsteinische Finanzministerin, und von 1993 bis 2005 war sie Ministerpräsidentin.

Angelika Volquartz, ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete und Kieler Oberbürgermeisterin, hat Ende April die Ehrenbürgerwürde der Kieler Christian-Albrechts-Universität erhalten. Die Uni zeichnete Volquartz „in Anerkennung und dankbarer Würdigung ihrer Leistungen für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Land Schleswig-Holstein“ aus. Die studierte Lehrerin gehörte dem Landtag von 1992 bis 1998 an. Anschließend war sie Bundestagsabgeordnete und von 2003 bis 2009 OB der Landeshauptstadt.

Peter Harry Carstensen, ehemaliger Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter, ist neuer Vorsitzender der Gregor-Mendel-Stiftung. Carstensen sei einstimmig gewählt worden, teilte die Stiftung im April mit. Die Mendel-Stiftung möchte nach eigener Aussage „den Blick für die gesellschaftliche Bedeutung der Pflanzenzüchtung schärfen“. Carstensen war von 2005 bis 2012 Ministerpräsident des Landes.

NACHRUF

Trauer um Gert Börnsen und Peter Wellmann

Mit Gedenkminuten hat der Landtag während der Mai- und der Juni-Tagung zweier verstorbener Abgeordneter gedacht, die die Landespolitik in den 1980er und 1990er Jahren geprägt hatten: Gert Börnsen und Peter Wellmann.



Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Gert Börnsen war am 10. Mai im Alter von 71 Jahren in Kiel verstorben. Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann würdigte ihn als „Vollblutpolitiker und beherzten Demokraten“. Börnsen habe „unser Land über viele Jahre so maßgeblich geprägt, dass er in einigen Medien zum mächtigsten Mann Schleswig-Holsteins ausgerufen wurde“. Auch die Fraktionen im Landtag sprachen in ihren Beileidsbekundungen von einem „wirklich großen Politiker“ und einem „herausragenden Parlamentarier“.

Gert Börnsen führte die SPD-Fraktion in bewegten Zeiten, die geprägt waren von der Barschel/Pfeiffer-Affäre in den späten 80er Jahren und der Schulbladenaffäre Anfang der 90er. Er wurde 1943 in Wilster (Kreis Steinburg) geboren, gehörte dem Landtag von 1975 bis 1996 an und vertrat den Wahlkreis Kiel-Mitte. Ab 1988 war der studierte Politikwissenschaftler Fraktionschef der Sozialdemokraten. Zuletzt lebte Gert Börnsen zurückgezogen in einem Pflegeheim.



Im Alter von 70 Jahren verstarb am 29. Mai Peter Wellmann. Der im brandenburgischen Perleberg geborene SPD-Politiker gehörte dem Landtag von 1987 und 1995 an. „Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses setzte er sich hier mit aller Kraft, mit Leidenschaft und

großer Sachkenntnis für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ein“, erinnerte Landtagspräsident Klaus Schlie an den Verstorbenen. Wellmann war nach seinem Volkswirtschaftsstudium als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden und als Persönlicher Referent des Bundesvorsitzenden tätig. In den späten 1970er Jahren wurde er in Husum heimisch und wirkte als Kreisvorsitzender des DGB Nordfriesland. Ab 1992 arbeitete Peter Wellmann als freiberuflicher Wirtschafts- und Unternehmensberater. Seinen Wahlkreis Husum/Eiderstadt konnte er dreimal direkt gewinnen.



KRISE IN DER UKRAINE

Juri Durkot: Mit Sanktionen gegen eine „neue Sowjetunion“

Mit Wirtschaftssanktionen soll sich der Westen gegen die russische Aggression in der Ukraine stemmen. Das fordert Juri Durkot, Journalist und Germanist aus dem westukrainischen Lemberg. Der 49-Jährige, ehemaliger Sprecher der Kiewer Botschaft in Berlin, war im Mai im Landtag zu Gast und diskutierte mit 200 Gästen über die Krise in seiner Heimat. Im Interview mit der Landtagszeitschrift attackiert Durkot den russischen Präsidenten Wladimir Putin scharf: „Ich glaube, er möchte die Sowjetunion in einer neuen Form wiederherstellen.“

Herr Durkot, in den deutschen Medien heißt es oft, der aktuelle Konflikt verlaufe zwischen westlich orientierten und russisch orientierten Ukrainern. Stimmt das? Gibt es so eine Trennlinie?

Es gibt tatsächlich Trennlinien, nur kann man die nicht auf den simplen Gegensatz zwischen dem pro-russischen Osten und dem pro-europäischen Westen reduzieren. Im Osten leben mehr Leute, die enge Verbindungen zu Russland haben, auch ethnische Russen, aber das bedeutet noch lange nicht, dass die alle die Hilfe Putins wollen. Wie Meinungsumfragen zeigen, sind auch in den östlichen Regionen mehr Menschen für den Beitritt zur EU.

Gibt es Punkte, wo man sagen kann: Das ist typisch ukrainisch oder typisch russisch?

Die zivilgesellschaftlichen Strukturen haben sich in der Ukraine nicht nur in den Großstädten entwickelt, wie das in Russland der Fall war, sondern flächendeckend. In der Ukraine war die politische Opposition immer stark. Man konnte sie nie ausschalten, was in Russland mit Erfolg praktiziert wurde. Insofern war das ukrainische System viel pluralistischer. In Russland spielt die Opposition heute eine marginale Rolle.

Die jetzige Krise ist auch das Ergebnis von jahrelangen Grabenkämpfen innerhalb der ukrainischen Politik. Was waren die schwersten Fehler der ukrainischen Politiker seit der Unabhängigkeit?

Ich glaube, der größte Fehler war, dass das System sich so entwickelt hat: diese Verschmelzung von Wirtschaft und Politik, mit Oligarchen, die sich ihre Imperien aufgebaut haben. Das hat dazu geführt, dass der Großteil des Volkes verarmt ist. Man hat auch versäumt, richtig mit den Menschen zu kommunizieren, vor allem mit den Menschen im Osten und im Süden des Landes. Ein Dialog hat nicht stattgefunden.

Wie groß ist der Einfluss von Rechtsextremen und Antisemiten in der Maidan-Bewegung?

Es ist ein großer Mythos, der von der russischen Propaganda immer wiederholt wird, dass nationalistische, antisemitische und rechtsextremistische Kräfte bei der Revolution gesiegt haben. Damit werden die Ängste im Osten weiter geschürt. Bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai haben zwei Kandidaten, die man dem rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Flügel zuordnen kann, zusammen weniger als zwei Prozent der Stimmen bekommen.

In Deutschland gibt es namhafte Stimmen, die Russland das Recht zusprechen, als Hegemonialmacht aufzutreten. So sei die Krim immer „russische Erde“ gewesen. Was sagen Sie dazu?

Man kann immer einen bestimmten Zeitpunkt wählen, der einem gerade ins Bild passt. Die Russen berufen sich sehr gerne auf das Jahr 1954, als die Krim zur Ukraine kam. Nur, die Russen wollen überhaupt nicht über das Jahr 1944 reden, als Stalin die Krim-Tataren deportiert hat. Bis 1944 war die Krim ethnisch tatarisch. Und man kann noch weiter zurückgehen, als die Krim noch zum Osmanischen Reich gehört hat. So kommen wir also nicht weiter.

Was erwarten die westlich orientierten Ukrainer von der EU und der NATO?

Es ist klar, dass der Westen militärisch nicht eingreifen wird. Ich verstehe auch, dass Sanktionen nicht sehr populär sind, weil das Konsequenzen für die westliche Wirtschaft haben wird. Aber ohne Sanktionen wird es sehr schwierig sein, Russland zur Vernunft zu bringen. Das Problem ist, dass die Sanktionen nicht sofort Resultate bringen, das kann Monate oder Jahre dauern. Nur: Wenn man das heute nicht macht, dann wird es in einem Jahr oder in zwei Jahren vielleicht noch teurer.

Was treibt Putin an?

Putin ist ein KGB-Mann, und diese Leute haben schon eine sehr spezifische Vorstellung von der Welt. Putin hat ja mehrmals gesagt, der Zerfall der Sowjetunion sei für ihn die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen. Nicht die zwei Weltkriege, sondern der friedliche Zerfall der Sowjetunion. Ich glaube, er möchte die Sowjetunion in einer neuen Form wiederherstellen. Deswegen wäre eine erfolgreiche und demokratische Ukraine gefährlich für ihn. Sie könnte nämlich beweisen, dass der Machtwechsel möglich ist, und das ist in autokratischen Systemen nicht gewünscht.

Interview:
Karsten Blaas



Fünf Prozent? Drei Prozent? Ersatzstimme?

Innenausschuss diskutiert mit Experten über Hürden im Wahlrecht

Die Europawahl Ende Mai ist in Deutschland erstmals ohne Sperrklausel über die Bühne gegangen. Ein Modell auch für Landtagswahlen?

Die Piraten schlagen vor, die Fünf-Prozent-Regel in Schleswig-Holstein zu streichen oder zu senken. Denn: Die Hürde entwerfe die Stimmen für kleinere Parteien und verhindere, dass „neue Ideen“ und „politischer Wettbewerb“ in den Landtag einziehen. Außerdem bringen die Piraten die „Ersatzstimme“ ins Spiel. Wähler, deren Lieblingspartei an der Hürde scheitert, wären dann über ihre Auswahl Nummer zwei im Parlament vertreten. Über die verschiedenen Modelle diskutierte der Innen- und Rechtsausschuss Anfang Mai mit Experten.

Pro fünf Prozent:

Ein klares Ja zur bisherigen Fünf-Prozent-Regel kam vom ehemaligen SPD-Innenminister und Jura-Professor Hans-Peter Bull. Es habe sich bewährt, bemerkte Bull in der dreistündigen Anhörung, eine Eintrittsschwelle zu errichten und damit die „Funktionsfähigkeit“ des Parlaments zu gewährleisten. Bull warnte vor einer „überproportionalen Macht der Kleinsten“: Niemand habe „einen Anspruch darauf, mit seinen originellen Ideen im Parlament vertreten zu sein“.

Das sah Prof. Joachim Krause, Politikwissenschaftler von der Uni Kiel, genauso: Es gebe in der modernen Gesellschaft so viele verschiedene Interessen, Meinungen und Weltanschauungen, „dass Wege gefunden werden müssen, diese Vielfalt zu reduzieren beziehungsweise zu bündeln“. Ansonsten sei das deutsche Regierungssystem, „eines der stabilsten und erfolgreichsten in Europa“, gefährdet. Krause warnte den Landtag davor, „aus dem Konvoi auszuscheren“ und als erstes Bundesland die Sperrklausel abzuschaffen. Auch Nico Lange von der Konrad-Adenauer-Stiftung brach eine Lanze für die derzeitige Regelung: Es gebe keine „wertlosen Stimmen“. Auch wer an der Hürde scheitere, erhalte öffentliche Aufmerksamkeit und profitiere von der staatlichen Parteienfinanzierung.

Pro drei Prozent:

Tim Weber vom Verein „Mehr Demokratie“ aus Bremen mahnte, die Fünf-Prozent-Hürde schränke die Gleichheit der Wählerstimmen stark ein. Die jetzige Schwelle liege „am Rande dessen, was verfassungsrechtlich noch geht“.

Sein Vorschlag: eine Drei-Prozent-Hürde. Dafür erhielt er Unterstützung von Prof. Friedrich Pukelsheim: „Die Fünf-Prozent-Hürde ist zulässig, aber offensichtlich unbegründet“, urteilte der Mathematiker aus Augsburg. Nach seiner Berechnung hätte es bei den letzten vier Urnengängen im Lande keinen Unterschied gemacht, ob eine Fünf- oder eine Drei-Prozent-Hürde gegolten hätte. Es wären jeweils dieselben Mehrheitsverhältnisse im Landtag herausgekommen.

Pro Ersatzstimme:

Falls die Sperrklausel bleiben sollte, dann mit „Ersatzstimme“, warb Björn Benken von der „Aktion Wahlreform“. Die Idee: Wer sich nicht sicher ist, ob seine Partei den Sprung ins Parlament schafft, schreibt eine „2“ oder ein „E“ neben die Liste einer anderen Partei. Sollte Partei Nummer eins scheitern, würde das Zweitvotum gezählt werden. „Das mildert den Grundrechtseingriff ab“, unterstrich Benken, und „wertet die parlamentarische Demokratie als ganzes auf“. Die Wahlhelfer würden dadurch nicht überlastet, meinte Benken: „Das Nachzählen dauert maximal 60 Minuten pro Wahllokal“.

Die Vorschläge der Experten werden nun im Ausschuss und in den Fraktionen weiter diskutiert. Genug Zeit für eine gründliche Debatte hat der Landtag: Die schleswig-holsteinischen Wähler werden voraussichtlich erst im Frühjahr 2017 wieder zu den Urnen gerufen.



Quelle: Amtliches Endergebnis der Landeswahlleiterin / Differenzen zu 100% ergeben sich durch Auf- und Abrunden.

Die CDU ist bei der Europawahl trotz Verlusten auch in Schleswig-Holstein wieder stärkste Partei geworden. Der Vorsprung zur SPD schmolz am 25. Mai allerdings zusammen. Vor fünf Jahren waren es 13,3 Prozentpunkte, jetzt nur noch 2,5. Erfreut verkündete Landeswahlleiterin Manuela Söller-Winkler eine höhere Wahlbeteiligung als 2009 (36,8 Prozent). Dieses Mal gaben 43,7 Prozent die Stimme ab. Die Sozialdemokraten legten um 7,3 Punkte gegenüber 2009 zu, als sie mit 24,6 Prozent ihr schlechtestes Europa-Ergebnis aller Zeiten hatten. Die Christdemokraten büßten 3,5 Punkte ein. Die CDU wurde in allen elf Kreisen stärkste Kraft, die SPD in den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster sowie in weiteren größeren Städten.

Die Grünen verfehlten ihr Ergebnis von 2009 (13,5 Prozent) knapp. Die FDP blieb mit 3,8 Prozent um knapp neun Punkte unter den 12,7

Prozent vor fünf Jahren. Die Spitzenkandidaten der Landesparteien von CDU und SPD, Reimer Böge und Ulrike Rodust, schafften den Wiedereinzug ins EU-Parlament. Mit dem Absturz ihrer Partei verlor Britta Reimers von der FDP ihr Mandat. Für die AfD schaffte die Landesvorsitzende Ulrike Trebesius den Sprung nach Brüssel.

Von einem großen Erfolg seiner Partei sprach SPD-Landeschef Ralf Stegner. Eher enttäuscht zeigte sich der CDU-Landesvorsitzende Böge: „Wir hätten uns schon etwas mehr erwartet.“ FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki sah ein „hundsmiserables“ Ergebnis für seine Partei: „Aber es haut uns nicht um.“ „Wir sind sehr zufrieden“, sagte dagegen Grünen-Landeschefin Ruth Kastner. Enttäuscht waren die Piraten. Landtagsfraktionschef Torge Schmidt nannte den Ausgang der Wahl bei Twitter „für den Arsch“.

Ostsee-Treffen: Gemeinsam den Tourismus fördern

Die Regionen an den südlichen Küsten der Ostsee sollen beim Thema Tourismus enger zusammenarbeiten. Das ist eine zentrale Forderung des Parlamentsforums Südliche Ostsee, das sich Ende Mai im russischen Kaliningrad getroffen hat. Die rund 100 Regionalpolitiker aus Deutschland, Polen und Russland regen eine „gemeinsame Marketingstrategie“ an, die den Raum von Flensburg bis zum ehemaligen Königsberg zum „neuen Tourismuszentrum Europas“ aufwerten soll.

Kernpunkte laut der einstimmig beschlossenen Resolution: Das gemeinsame kulturelle Erbe soll herausgestellt werden, Fachkräfte sollen grenzüberschreitend auf Jobsuche gehen können, und der Ostseeraum soll sich als Gesundheitsregion für ältere Urlauber aufstellen. Wichtig ist den Parlamentariern, darunter sieben Landtagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein, dass die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut wird, ohne dass die Ferienbranche in Konflikt mit dem Umweltschutz gerät. Das Papier richtet sich an die nationalen Regierungen, an die EU-Kommission und an das Europäische Parlament.

Landtagspräsident Klaus Schlie, Leiter der schleswig-holsteinischen Delegation, sprach in seinem Grußwort auch das abgekühlte Verhältnis des Westens zu Russland angesichts der Ukraine-Krise an: „Demokratische Strukturen und Prozesse“ seien „unerlässlich für eine dauerhaft friedliche und nachhaltige Entwicklung“, mahnte Schlie – „ob im Ostseeraum oder anderswo“.

Das Parlamentsforum wurde 2004 ins Leben gerufen und kommt einmal im Jahr zusammen. Das nächste Treffen ist für April 2015 in Hamburg geplant.



Gespräche in Kaliningrad: Landtagspräsident Klaus Schlie und die Vorsitzende der Gebietsduma von Kaliningrad, Marina Orgejeva

Abgeordnete

IM PORTRAIT:

Jette Waldinger-Thiering,
SSW

geb. am 18. Juni 1964
in Eckernförde
wohnhafte in Eckernförde
evangelisch, geschieden,
zwei Kinder, Lehrerin



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... ein Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der Fläche beschließen, das konsequent an den Bedürfnissen der Menschen im Land ausgerichtet ist. Mein Ziel wäre, eine bestmögliche wohnortnahe medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger zu sichern. In diesem Rahmen würde ich auch dringend nötige Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsbereich vornehmen. Hierzu zähle ich nicht nur erweiterte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, sondern auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... nichts ändern, sondern genau das tun was ich gerade tue.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... Jugendthemen in Sitzungen bündeln. Jugendräten nicht nur Mitsprache-, sondern auch Stimmrecht geben. Halbjährlich kommunale Jugendparlamente abhalten. Briefkästen an Schulen aufhängen, wo die Jugendlichen Themen für politische Sitzungen einreichen können. Hier könnte ein Online-Formular vielleicht angebracht, weil moderner erscheinen. Der gute alte Briefkasten hat aber den Vorteil, dass er physisch da und deshalb nun einmal unübersehbar ist.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... knallhart recherchierte, jugendgerechte Hinter-den-Kulissen-Dokus über das Treiben in der Pharma- und Lebensmittelindustrie setzen. Damit die Menschen sehen, dass Medikamente meist nur Symptom-, nicht aber Ursachenbekämpfung sind und Essen selten das ist, wonach es aussieht. Gerade beim letzten Punkt würde ich mir wünschen, dass es gelingt, Alternativen aufzuzeigen und wieder Spaß an gesunder Ernährung zu wecken, damit die Menschen ihren Respekt vor dem Essen zurückgewinnen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm selbstverständlich wärmstens die Eckernförder Bucht mit ihren endlosen Stränden und ihrer unverfälschten Natur statt aufgespülter Sandstrände empfehlen. Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... in den Schneekatastrophenwinter 1978/79 zurückreisen und ein Stückchen von der Solidarität, der Hilfsbereitschaft und dem Zusammenhalt mit in unsere heutige Zeit nehmen. Denn diese Tugenden kommen mir mitunter etwas zu kurz.

Wolfgang Dudda, Piraten

geb. am 16. Juli 1957
in Bad Segeberg
evangelisch
Zollbeamter



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... das Bedingungslose Grundeinkommen in Europa einführen.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... als Bluesschlagzeuger mein Geld verdienen und Spaß bei der Arbeit haben wollen. Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... sie unter dem Motto, das früher in der Landtagslobby aufgestellt wurde und den guten Satz von Max Frisch „Demokratie ist das Einmischen in die eigenen Angelegenheiten“ enthielt, mit Menschen zusammen bringen, die Erfahrungen mit einem Leben ohne Demokratie haben.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... um 20:15 Uhr die Filmdoku von Heinrich Breloer „Die Staatskanzlei“ und danach den von Peter Beauvais verfilmten Lenz-Roman „Die Deutschstunde“ ausstrahlen lassen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm raten, im Juni durch den wunderbaren Garten Emil Noldes zu spazieren, dann das Nolde-Museum zu besuchen, hinterher im „Roten Haubarg“ in Simonsberg einen Pharisäer zu trinken und sich dann auf dem Deich in St. Peter-Böhl durchpusten zu lassen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... die Geschichte des 20. Jahrhunderts als Druckplatten mitnehmen und mich in das Jahr vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges schicken lassen.

Dr. Heiner Garg, FDP
geb. am 9. Februar 1966
in Freiburg im Breisgau
Diplom-Volkswirt,
Minister a.D.



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... ein Gesetz beschließen, das verhindert, dass irgendwer im Alleingang ein Gesetz beschließen kann.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... in einem Township-Projekt für AIDS-Waisen in Kapstadt arbeiten.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... endlich das Vorurteil ausräumen, dass sich Jugendliche angeblich nicht für Politik interessieren.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... ein Best-of der Olympischen Winterspiele 2010 in Vancouver ausstrahlen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm oder ihr mindestens einen Sonnenaufgang auf einer unserer nordfriesischen Inseln ans Herz legen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich...

... sie jemandem schenken, der damit etwas anfangen kann. Ich lebe gern im Hier und Jetzt.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
des Schleswig-Holsteinischen Landtages, L143,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (verantwortlich)

T: 0431/988 1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas,

T: 0431/988 1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Vivien Albers

T: 0431/988 1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

Detlef Ziep

T: 0431/988 1527, detlef.ziep@landtag.ltsh.de

Fotos:

R. Simon, T. Eisenkrätzer, M. August, D. Ziep, K. Blaas,
V. Albers, Landeszent. f. pol. Bilung, Landesreg.,
T. Pianos, C. Langner, Jugend debattiert, J. Niemann,
Landesarchiv. J. Schmidt Holländer, I-Bank, Fotolia.de
(S.18, S.24)

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Herstellung, Druck:

Schmidt & Klauing im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Bezug der Landtagszeitung:

(Abonnement u. Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
L148, Postfach 7121, 24171 Kiel,
T: 0431/988 1163, F: 0431/988 1119,
bestellungen@landtag.ltsh.de

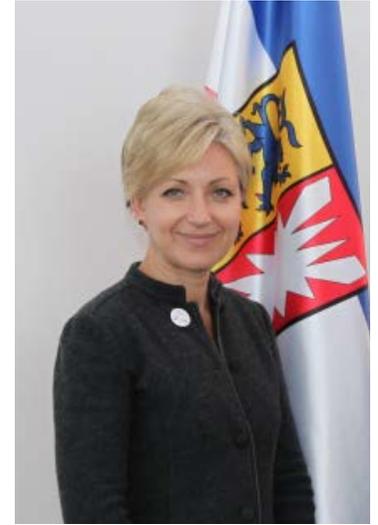
Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. Juli 2014

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Der griechische Botschafter Panayotis Zografos und die Generalkonsulin in Hamburg, Ekaterina Dimakis, kamen Anfang Juni nach Schleswig-Holstein. Nach einem Treffen mit Landtagspräsident Klaus Schlie diskutierten sie mit circa 100 Gästen im Plenarsaal über die griechische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2014.



Zur Kieler Woche besuchte die Botschafterin der Republik Lettland, Elita Kuzma, den Landtag. Sie ist seit letztem September im Amt und kam nun zu ihrem Antrittsbesuch in den Norden.

BESUCHER IM LANDESHAUS



Die Besten kommen aus Schleswig-Holstein: Ivo Ruf, Ilja Ruf und Nikolai Gast (v. li.) gewannen im Juni den Bundeswettbewerb von „Jugend musiziert“. Dass der erste Platz verdient war, zeigte das Klarinetten-Trio wenige Tage später im Landeshaus. Im Rahmen der Reihe „Die halbe Stunde der Besten“ begeisterten die Nachwuchsmusiker ihre Zuhörer im Schleswig-Holstein-Saal mit Werken von Wolfgang Amadeus Mozart und Hans-Wilhelm Goetzke.



Hohen geistlichen Besuch empfing Landtagspräsident Klaus Schlie Ende Juni. Der Kurien-Erzbischof Nikola Eterović ist seit September letzten Jahres Apostolischer Nuntius in Deutschland und besuchte jetzt zum ersten Mal die Landeshauptstadt. Der Botschafter des Vatikans wurde in Kroatien geboren und war zuvor Generalsekretär der Bischofssynode.



Die Schüler der Grundschule Sude-West aus Itzehoe zeigten Anfang Juni im Plenarsaal, wie gut sie platt schnacken können. Anlass war die Auftaktveranstaltung „freiwilliges Niederdeutsch-Angebot“ von Landtag, Bildungsministerium und Heimatbund. Ab dem neuen Schuljahr steht bei 27 Grundschulen Plattdeutsch auf dem Stundenplan.



Nr. 2/2014 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert zurücksenden an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L148, Postfach 7121, 24171 Kiel

TERMINE, TERMINE, TERMINE ...

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist wie ihre Vorgängerin Birgit Wille im Lande unterwegs, um interessierte Bürger vor Ort zu beraten.

Datum	Ort	Uhrzeit	Adresse
7. August	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
19. August	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
4. September	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
16. September	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
2. Oktober	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
21. Oktober	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
6. November	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
18. November	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
4. Dezember	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
16. Dezember	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988 1231. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15.00 Uhr – 18.30 Uhr.

Haushaltsberatung im Herbst

Die Herbstmonate stehen im Landeshaus traditionell im Zeichen der Haushaltsberatungen. Auch in diesem Jahr wird der Etat intensiv vom Finanzausschuss in Zusammenarbeit mit den anderen Fachausschüssen beraten, bevor die endgültige Entscheidung im Landtag Mitte Dezember ansteht. Die Ausschusssitzungen sind öffentlich.

Mittwoch, 10. bis Freitag, 12. September:

Erste Lesung im Landtag

Montag, 29. September, 10.00 Uhr:

Finanz- mit Innen- und Rechts-, Europa- und Bildungsausschuss: Haushalte des Landtages, des Landesrechnungshofes, des Innenministeriums sowie der Staatskanzlei und des Justizministeriums

Mittwoch, 1. Oktober, 10.00 Uhr:

Finanz- mit Wirtschafts-, Umwelt- und Agrar- sowie Sozialausschuss: Haushalte des Wirtschafts-, des Umwelt- sowie des Finanzministeriums und der Finanzverwaltung

Donnerstag, 2. Oktober, 10.00 Uhr:

Finanz- mit Bildungs-, Sozial- sowie Innen- und Rechtsausschuss: Haushalte des Bildungs- und des Sozialministeriums

Donnerstag, 20. November, 10.00 Uhr:

Finanzausschuss: Nachschiebeliste der Landesregierung

Donnerstag, 27. November, 13.00 Uhr:

Finanzausschuss: Anträge der Fraktionen

Donnerstag, 4. Dezember, 10.00 Uhr:

Beschlussfassung über den Haushalt

Donnerstag, 11. bis Freitag, 12. Dezember:

Zweite Lesung im Landtag

Hinweis: Die für Mittwoch, den 10. Dezember, geplante Plenarsitzung fällt aus. Grund ist der Bundesparteitag der CDU in Köln.

„Aliens“ landen im Landtag

Gibt es außerirdisches Leben? Zumindest im Landtag wird diese Frage im Juli eindeutig mit Ja beantwortet.

Im Landeshaus ist die Ausstellung „Aliens in Parliament“ des international renommierten Künstlers Yinka Shonibare zu sehen. Der Brite mit nigerianischen Wurzeln will mithilfe der Aliens die „Idee des Anderen“ untersuchen und Fremdenangst bloßstellen. Zu den Werken des 52-jährigen gehören neben Installationen auch zahlreiche Zeichnungen. Die Herbert-Gerisch-Stiftung aus Neumünster bringt die Wesen aus dem All ins Haus. Parallel zur Schau im Landtag lädt die Gerisch-Stiftung zur deutschlandweit ersten Einzelausstellung Shonibares in Neumünster, Brachenfelder Straße 69.

Mit der Außerirdischen-Ausstellung setzen der Landtag und die Investitionsbank Schleswig-Holstein ihre Reihe „KunSt aktuell im LandesHaus“ fort.

Die Ausstellung im Landeshaus läuft bis zum 27. Juli und ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist wie immer frei, bitte bringen Sie einen Personalausweis mit.



Mehr zu Terminen und Veranstaltungen im Landtag auf www.sh-landtag.de